

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Helleste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 25 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsmonatliche Zeitungsbeilage 50 Pf., außerhalb der Amtsbezugsmannschaft 75 Pf., im amtlichen Blatt (aus von Behörden) die Seite 200 Pf. — Einzelanfertigung und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 106

Sonntag den 8. Mai 1921

87. Jahrgang

Mittwoch den 11. Mai 1921 vorm. 11 Uhr öffentliche Bezirksauschuss-Sitzung im amts-hauptmannschaftlichen Sitzungssaale.

Maul- und Klauenseuche.

Unter den Klauenviehbeständen des Gutsbesizers Jillicher und der Hausbes. verw. Pehold in Bärenstein bei Lauenstein, des Gutsbes. Sidmann und Böhme und des Hausbes. Herrn Lutschke in Dorf Bärenstein ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Weiter ausgebreitet hat sich die Seuche in Stadt Bärenstein unter den Klauenviehbeständen des Wirtschaftsbef. Fischer, des Hausbes. Ostar Heppelt, Wihl. Zimmermann und Selma Bode.

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde am 6. Mai 1921.

Das Kollegium ist vollzählig bis auf den entschuldigten Stadtverordneten Meinhold. Vom Räte sind erschienen Herr Bürgermeister Herrmann und die Stadträte Gieshoff, Schwind, Jäckel und Halm.

Nach Einweisung des neu ins Kollegium eintretenden Stadtverordneten Herrn Nitsche durch Herrn Bürgermeister Herrmann und Begrüßung desselben namens der Stadtverordneten durch den Vorsteher Herrn Jäckel nimmt man die Neubesehung des durch Wegzug des Herrn Beyer-Maune verwaisten Vizevorsteheramtes vor. Die Wahl fällt mit 8 Stimmen auf Herrn Schumann; 4 Stimmen erhält Herr Schenzer, 1 Stimme Herr Heeger. An Stelle des Herrn Beyer-Maune tritt Herr Schumann in den Rechts- und Verfassungsausschuss und Herr Nitsche in den Einquartierungs-, den Finanz-, den Mietwohnhäuser-, den Müllererschul- und den Spar- und Girokassen-Ausschuss, ferner Herr Nitsche noch für Herrn Kretschmar in den Bauauschuss.

Kenntnis genommen wird von Dankschreiben des Frauenvereins für die verwilligten 8000 Mk. des Turnvereins „Frisch auf“ für Ueberlassung eines Turnplatzes, des Herrn Stadtkassierers Schubert mit Frau für die Aufmerksamkeit am Tage ihrer Silberhochzeit und vom mündlich durch Herrn Bürgermeister dargebrachten Danke der Frau Prof. Ehemann für Pensionserhöhung.

Weiter wird Kenntnis genommen vom Ergebnis einer am 19. 4. vorgenommenen Revision der Girokasse. Hierbei wurde alles in Ordnung befunden bis auf den Umstand, daß nicht alle Konten auf dem Laufenden waren, verursacht durch die Wegnahme einer Hilfskraft, die der Girokasse mittlerweile wieder zugewiesen worden ist.

Wiel Staub wirbelt der nächste Punkt der Tagesordnung auf: der Ratsbeschluss, pachtfrei werdende städtische Grundstücke in Zukunft zu versteigern. Herr Vorsteher Jäckel als Referent bemängelt zunächst, daß in diesem Falle ein Gutachten des Flurausschusses nicht herbeigezogen worden ist, und spricht sich in recht scharfer Weise gegen die Sache selbst aus: eine Stadtgemeinde dürfe derartige wucherische Geschäfte nicht machen; die Nachfrage nach Pachtfeld bleibe nicht immer so stark; auch die Pächter machen bereits Front dagegen; bei Feldverpachtung dürfe nicht nur auf die Pachthöhe gesehen werden usw. Mehrere Stadtverordnete unterstützen ihren Vorsteher. Von Ratsmitgliedern wird der Beschluss vertreten: Man wolle damit denen entgegenkommen, die sich beklagen, daß sie gern auch einmal ein Stück Feld pachten möchten, was ihnen bisher nicht möglich gewesen sei; bereits vor Jahren habe man versteigert, ohne daß jemand Einspruch erhoben hätte; viele andere Gemeinden hätten das Versteigerungsverfahren; die Stadt könne eine Mehreinnahme gebrauchen; Wucher werde schon dadurch verhindert, daß dem Flurausschuss die Auswahl unter den Bietern vorbehalten bleiben solle, der ja auch Gebote mit Rücksicht auf die Person des Pächters ablehnen könne; die neu festgesetzten Pachtschummen seien immer noch sehr niedrig gegenüber solchen in vielen anderen Orten usw. Die Vorlage wird schließlich dem Räte zurückergeben mit dem Eruchen, ein Gutachten des Flurausschusses herbeizuziehen.

Zugewählt werden dem Verwaltungsausschuss der Kinderbewahranstalt der jeweilige Vorsitzende, dem Müllererschul-Ausschuss Stadtverordneter Sieber, dem Siedelungsamte die Stadtverordneten Heeger und Nitsche. (Letzterem haben auch anzugehören die jeweiligen Vorsitzenden des Bau- und des Flurausschusses.)

Gegen die beabsichtigte Linienführung der „Straße 10“ zwischen Wolframsdorfer und Reichstädter Straße ist vom Weiseritztalwerk, dessen Areal in Mitleidenschaft gezogen würde, Einspruch erhoben worden. Die Amtshauptmannschaft hat den Einigungs-vorschlag gemacht, die Straße am

Weiseritztalwerk nach dem Bahnhofe zu verdrücken, sodas sie zwischen dem Buchschöhen Grundstück und dem Pauschischen Acker in die Reichstädter Straße einmünden würde. Das dazu nötige Areal stellt Herr Pausch zum Preise von 10 Mk für den Quadratmeter zur Verfügung unter der Bedingung, daß er von Anliegerbeiträgen befreit bleibt und die Straße innerhalb 5 Jahren gebaut wird. Der Rat hat alles das zum Beschluß erhoben. Die Stadtverordneten lehnen aber die vorgeschlagene veränderte Linienführung ab, da sie diese für unpraktisch halten, insbesondere auch die Weiterführung in einem Zuge nach der Ratsmühle zu, was ebenfalls geplant ist, unmöglich wäre. Auch halten die Stadtverordneten den Einspruch des Weiseritztalwerkes für unbeachtlich. Ueber letzteren hat nunmehr die Amtshauptmannschaft zu entscheiden.

Zur Deckung des beim Rathausbrande der Stadt erwachsenen Schadens hat die Brandversicherungs-Kammer 1498,58 Mk Brandschadensvergütung und 2930 Mk Baukostenzuschuß gewährt. Ein weiteres Gesuch wurde abgelehnt. Die noch ungedeckten 632,08 Mk werden deshalb auf die Stadtkasse übernommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung bringt der Herr Stadtverordneter Schubert unter Bezugnahme auf die Gaspreisdebatte in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung ein an den hiesigen Gasgeldkassierer Herrn Vormann gerichtetes, allerdings nicht von Herrn Direktor Harnisch gezeichnetes Schreiben des Gaswerkes zur Verlesung, durch welches Herr Vormann angewiesen wird, denselben Gasabnehmern, die die Bezahlung des erhöhten Preises mit Rücksicht auf die zwischen Werk und Stadtrat schwebenden Verhandlungen vorläufig verweigern, mitzuteilen, daß eine Preisherabsetzung nicht eintreten könne, und ihnen, falls auch dann der volle Rechnungsbetrag nicht zu erlangen sei, das Gas abzudrehen und darüber an das Werk zu berichten. (Herr Vormann hat also nicht eigenmächtig gehandelt.)

Herr Stadtverordneter Schenzer weist noch darauf hin, daß durch ausländische Müllererschüler in letzter Zeit wiederholt die Nachtstube arg gestört worden sei, und bittet um Abhilfe. Ihm wird erwidert, das sei Polzeifache.

Vertilgung und Sächsisches.

Tagesordnung zur 7. Sitzung des Bezirksauschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde Mittwoch den 11. Mai 1921, vormittags 11 Uhr, im amts-hauptmannschaftlichen Sitzungssaale. Öffentliche Sitzung: Sachstand bezüglich der im Bezirke in Aussicht genommenen drei staatlichen Kraftwagenlinien. — Verordnung des Ministeriums des Innern, betr. teilweiser Abwälzung der Kosten des Bezirksamts für Kriegerversorgung auf die Bezirksverbände. — Sachstand bezüglich der Kostensarbeiten an der Eisenbahnlinie Obercarsdorf-Buschmühle. — Pflanzbestimmungsstellen. — Frühstückspausen für unterernährte Kinder anstelle der Quäkerspeisungen. — Neufestsetzung der Gehälter der Gemeindevorstände zu Döfgrund, Döbra, Hänichen und Rehefeld. — 1. Nachtrag zum Ortsgesetz, das Wasserwerk der Stadtgemeinde Altenberg betr. — 4. Nachtrag zur Wasserleitungsordnung der Stadt Frauenstein. — Vereinigung des einen selbständigen Ortsbezirks bildenden „Jagdhauses Rehefeld“ mit der Gemeinde daselbst. — Vereinigung der Rittergutes Verreuth mit der Gemeinde daselbst. — 6. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Altenberg. — Besuch des Fabrikbesizers Oskar Biermann-Bienenmühle um Erlaubnis zur Veränderung seiner Wassertriebwerks-Anlage. — 8. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für Niederfrauen-dorf. — Ortsgesetz über die Erhebung einer Ortsabgabe von Sommerfrischlern in der Gemeinde Bärenstein b. L. — Nichtöffentliche Sitzung: Besuch des Schneidemüllers Arno Klengel-Dorf Bärenstein um Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft, zur Abhaltung von Tanzmusik, sowie zur Veranstaltung von Singspielen, theatralischen Vorstellungen pp. in dem Grundstück Nr. 33 der Ortsliste für Dorf Bärenstein (Übertragung). — Besuch der Frau Anna

Als Sperrgebiete werden erklärt in den Gemeinden Bärenstein, Dorf und Stadt Bärenstein die versuchten und die an diese angrenzenden Grundstücke sowie der Ortsteil Bärenkiau.

Abtag 4—7 der diesj. Bekanntmachung vom 3. Mai 1921 — 579 b O — (Weiseritz-Zeitung vom 5. V. 21 — Nr. 104 —) findet sinngemäße Anwendung. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 6. Mai 1921 Nr. 605 a O.

Stochmehl, Rindergrieß und Nährmittel

können in den hiesigen Verkaufsstellen von allen Nährmittelbezugsberechtigten abgeholt werden. Stadtrat Dippoldiswalde

Weitere amtliche Bekanntmachungen siehe Beilage.

Kentisch geb. Piesch-Neudörfel um Erlaubnis zum Bier- und zum Branntweinschank in dem Grundstück Nr. 9 der Ortsliste für Neudörfel (Übertragung).

— Programm zur Pflanzmusik. 1. Kinderlieder-Marsch von Jelinek. 2. Frühlings-Einzug, Overture von Carl. 3. Goldne Morthen, Walzer von Berger. 4. Seelen-sprache, Lied von Helm.

— Die Stern-Lichtspiele führen morgen Sonntag zum dritten Male das prächtige Filmwerk „August der Starke“ auf der weißen Wand vor. Die beiden letzten Aufführungen waren bis auf den letzten Platz ausverkauft und ein gleiches dürfte auch für die morgende zu erwarten sein.

— Von den auf dem Ferkelmarkte aufgetriebenen 17 Ferkeln wurden 6 verkauft zum Preise von 200—350 Mk für das Stüd.

Bannwitz-Welschhufe. Besprechungen über eine Verschmelzung beider Gemeinden haben dieser Tage zwischen den Gemeinderäten zu Welschhufe und Bannwitz unter Leitung des Herrn Gemeindevorstandes Thomas stattgefunden. Der Antrag ging vom Gemeinderat zu Welschhufe aus, und der Gemeinderat zu Bannwitz erklärte sich zum Eintritt in Verhandlungen bereit.

Tharandt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung der letzten Sitzung des Stadtgemeinderats, Unterbringung einer Landwirtschaftlichen Schule, war der Schulvorstand eingeladen worden. Der Bürgermeister sprach sich dahin aus, daß im Interesse der Allgemeinheit eine solche Einrichtung unbedingt unterstützt werden müsse, auch der Schulvorstand dem Plane sympathisch gegenüberstehe, wenngleich betont wurde, daß der Platz in der Schule etwas knapp für den eigentlichen Schulbetrieb werden würde. Man faßte jedoch noch keinen endgültigen Beschluß, sondern wählte zur Erledigung der noch notwendigen Formalitäten einen Ausschuss, der mit dem Landwirtschaftlichen Kreisverein nochmals verhandelt und eine Miete von jährlich 2000 Mk pro Zimmer, einschließlich Heizung und Licht, verlangen soll.

Dresden, 6. Mai. Dem Telexunion-Sachsendienst wird aus zuverlässiger Quelle gemeldet, daß in den beteiligten Kreisen erwogen wird, die Landwirtschaftliche Schule von Dippoldiswalde nach Tharandt zu verlegen, wenn die Verlegung der Forstakademie nach Leipzig perfekt wird. Man hofft auf diese Weise die erwartete wirtschaftliche Schädigung Tharandts zu vermeiden. — (Wir erfahren hierzu, daß diese Verlegung dem Stadtrate bereits amtlich mitgeteilt worden, an dem Weggange der Schule demnach nichts mehr zu ändern ist. Man wird die durch die Verlegung der Schule entstehende Lücke in der Weiterbildung der schulentlassenen Jugend des landwirtschaftlichen Berufs des hiesigen Bezirkes durch einen weiteren Ausbau der Abteilung 2 unserer Handels- und Gewerbeschule zu beugegen wissen. Verhandlungen darüber sind bereits im Gange. So sehr an sich die Verlegung der Schule zu bedauern ist, darf anderseits wohl mit gutem Recht gesagt werden, daß ein Ausgleich der durch Verlegung der Forstakademie entstehenden wirtschaftlichen Schädigung Tharandts mit dieser Schule nicht erreicht wird. D. Schr.)

— Die Dresdner Friseurgehilfen wollen die Sonntagsruhe erzwingen. Bekanntlich war durch eine Verordnung der Amtshauptmannschaften für einige Sommermonate die Sonntagsarbeit in den Friseurgeschäften verboten, die Verordnung aber dann vom Ministerium wieder aufgehoben worden. Nunmehr will die Gewerkschaft der Friseurgehilfen die Sonntagsruhe wieder zwangsweise herbeiführen. Sie hat beschlossen, daß die der Gewerkschaft angehörenden Friseurgehilfen vom nächsten Sonntag ab nicht mehr arbeiten dürfen.

— Wie verlautet, wird das Verbot der Organisation Escherich, das voriges Jahr erlassen worden ist, in ganz Sachsen in den nächsten Tagen aufgehoben werden.

Döbeln. Von den Stadtverordneten wurde der städtische Kostenbeitrag zu einer Verabredung des Muldenflusses am Burgkabel bewilligt. Diese als Kostensarbeit geplante

Flughregelung wird hundert Arbeiter ein Jahr lang beschäftigen und ist auf 1345 000 M. Kosten veranschlagt. Die Kosten hofft man mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge aufzubringen.

Hilbersdorf bei Freiberg. In der hiesigen Dynamitfabrik ist am Mittwoch früh 8 Uhr das Gelatinerhaus in die Luft geflogen. Die Ursache des Unglücks ist, wie immer bei derartigen bedauerlichen Anlässen, nicht festzustellen, da die an der Stätte der Explosion beschäftigten Arbeiter als Opfer ihres Berufes den Tod fanden. Es sind dies die Arbeiter Oskar Rohje aus Hilbersdorf, 32 Jahre alt, Anton Schiffer aus Naundorf, 33 Jahre alt, und Oskar Uhlig aus Naundorf, 30 Jahre alt. Ein vierter Arbeiter erlitt Verletzungen. Der gesamte Betrieb wurde infolge der Explosion unterbrochen, wird aber in kurzer Zeit wieder aufgenommen werden.

Pirna. Im ganzen Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna erweist sich, daß die Wälder viel stärker durch die Konnen befallen worden sind, als es zuerst angenommen wurde. Von fast allen Revieren wird das Erscheinen der Raupen in den Sädlagen gemeldet. Es ist deshalb dringend nötig, daß sofort energische Maßnahmen ergriffen werden, um die drohende Gefahr nach Möglichkeit einzudämmen.

Leipzig hat am Himmelfahrtstag einen Regen- und Kälte-Tag erlebt, wie seit Jahren nicht. Schon vom frühen Morgen an regnete es ununterbrochen und das Thermometer kam zeitweilig dem Gefrierpunkt bedenklich nahe. In anderen Gegenden Deutschlands, namentlich im Westen, herrschte ebenfalls das denkbar schlechteste Wetter. Stellt man sich den besonders schönen und warmen Frühling im Vorjahre vor, der die Garten- und Feldkulturen so außerordentlich gefördert hatte, so muß der Gegensatz im diesmaligen „Brennmond“ besonders schmerzhaft empfunden werden. Denn leider ist es nicht von der Hand zu weisen, daß manche Obstbäume durch diesen Kältefall ernstlich gefährdet sind.

Verden. Hier verschied der Einwohner B., der Vater, Großvater und — Bräutigam zugleich war. Der großväterliche Bräutigam stand im 65. Lebensjahre.

Aus dem östlichen Vogellande. Der Stand der Saaten kann hier als ein günstiger bezeichnet werden. Mit der Grünfütterung muß infolge der andauernden nachlässigen Witterung noch eine Weile gewartet werden. Den Wäldern hat die Witterung noch wenig geschadet. Die Obstbäume beginnen erst zu blühen.

Blauen. Nachklänge aus der „Hölzzeit“ kamen in einer Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht zur Sprache, in der sich Rechtsanwalt Dr. A. Müller wegen öffentlicher Beleidigung von zwei Polizeiwachmännern zu verantworten hatte und zu 110 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Dr. M. hatte am 26. Oktober nach einem Vortrage in einer Weinstube die Polizeistunde überschritten und den Beamten, die Polizeistunde geboten, vorgehalten, daß die Blauerer Polizei wohl friedliche Bürger heimlich könne, beim Austritt von Holz aber sich verbrochen habe. Um den Wahrheitsbeweis für seinen Vorwurf zu erbringen, hatte Dr. M. einen großen Zeugenapparat aufgebaut, bei dessen Vernehmung es nicht an scharfen Angriffen gegen die Polizei fehlte. Polizeidirektor Meite sagte als Zeuge aus, daß er der Polizei Befehl (!) gegeben habe, nicht einzugreifen, was er eingehend zu begründen suchte. Da das Gericht nur Beleidigung der beiden Beamten, nicht aber der gesamten Polizei annahm, kam die Beweissführung des Angeklagten nicht in Betracht.

Rücktritt der Reichsregierung.

Die Verhandlungen mit den Parteiführern.
Reichspräsident Ebert empfing im Laufe des Donnerstags die Führer der Regierungsparteien und beriet sich dann mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller und mit dem Reichstagspräsidenten Ebe. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist, daß mit einer Erweiterung der bisherigen Koalition nicht gerechnet werden kann.

Herrn Hilow, Stresemann oder Schwander.
Die Verhandlungen sind bisher noch nicht so weit gediehen, daß ein bestimmter Auftrag zur Regierungsbildung hätte erteilt werden können. Zeitweise wurden die Kandidaturen des jetzigen Pariser Botschafters Dr. Mayer, des Führers der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Stresemann und des früheren Reichsanzalters Herrn Hilow genannt, doch ist bis jetzt noch keine dieser drei Kandidaturen in eine ernste Erwägung gezogen worden. Die beste Aussicht hätte vielleicht eine Kanzlerschaft des früheren Staatsalters von Elsass-Lothringen und gegenwärtigen Oberpräsidenten von Hessen-Kassau Dr. Schwander, dessen Kandidatur in parlamentarischen Kreisen ernstlich erörtert wird.

Erstklärung der Lage — dann Kabinettsbildung.
Halbamtlich wird zur Regierungskrise mitgeteilt: Die Vorbereitungen zur Bildung der neuen Regierung sind im Gange. Die endgültige Entscheidung kann naturgemäß erst erfolgen, wenn die Stellung der für die Zusammenfassung der Regierung in Betracht kommenden Parteien zu der wichtigsten politischen Gegenwartsfrage, der Verantwortung des Ultimatums, geklärt ist.

Die Londoner Beschlüsse.

Am 12. Mai muß sich Deutschland entscheiden.
Das Londoner Ultimatum ist Donnerstag nacht in Berlin eingetroffen. Die Reichsregierung wird darin aufgefordert, innerhalb sechs Tagen, vom 6. Mai an gerechnet, die in dem Protokoll enthaltenen Bedingungen vorbehaltlos anzunehmen. Die ergänzende Note des Wiedergutmachungsausschusses, in der die Deutschland auferlegten Zahlungsverpflichtungen nach Höhe und Frist genau angegeben sind, ist Donnerstag abend dem deutschen Botschafter in Paris überreicht worden.

Lloyd George über das Londoner Ultimatum.
Im englischen Unterhaus versuchte Lloyd George die Londoner Rwanasmaßnahmen zu rechtfertigen. Er

sagte, die Alliierten hätten während der letzten zwei Jahre große Rücksicht gezeigt. Der erste wichtige Faktor unzweifelhafter Versöhnung von Seiten Deutschlands sei die Entwaffnung, die nicht allein die Grundlage des Vertrages sei, sondern auch die der künftigen Ruhe in Europa. Lloyd George erklärte, daß in gewisser Hinsicht die Erfüllung der Bedingungen bezüglich dieses wichtigen Teiles des Friedensvertrages durch Deutschland hoch befriedigend gewesen sei, in anderen Punkten dagegen sehr unbefriedigend. Die Auslieferung und die Zerstörung der großen deutschen Geschütze könne als äußerst befriedigend angesehen werden, trotzdem sie nicht vollständig sei, denn es müßten noch immer 500 bis 600 Geschütze ausgeliefert werden. Dagegen seien immer noch viel zu viele Maschinengewehre und Gewehre nicht ausgeliefert, und außerdem sei eine beunruhigende Tatsache das Bestehen unregelmäßiger militärischer Organisationen in Deutschland, die zusammengezogen den Kern des fürchtbaren Heeres werden könnten.

Der Premierminister ging dann auf die Frage der „Kriegsverbrechen“ ein und bezeichnete die deutschen Leistungen in dieser Frage als durchaus unbefriedigend. Auch in der Frage der Reparationen habe Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt. Die Alliierten hätten lange Zeit Rücksicht gezeigt, aber sie seien jetzt gezwungen, energisch vorzugehen.

Korfanty als Diktator.

Verzweifelte Lage in Oberschlesien.
Das oberschlesische Abstimmungsgebiet ist in höchster Gefahr. Von Stunde zu Stunde verschlechtert sich die Lage. Korfanty, der nach einer Warschauer Meldung wegen Ueberschreitung seiner Befugnisse seines Amtes als Abstimmungskommissar enthoben sein soll, hat sich ganz offen als Zivil- und Militärgouverneur von Oberschlesien erklärt und die Bevölkerung zum Kampfe aufgerufen. Etwa 100 000 bewaffnete Polen rücken gleichzeitig von Osten, Norden und Südosten vor und suchen das ganze Abstimmungsgebiet, auch die rein deutschen Kreise, in ihre Gewalt zu bekommen. Die deutschen Städte sind umschlossen. Auf dem Lande herrscht überall die Diktatur Korfantys, der sich am Mittwoch ganz offen an die Spitze der Aufständischen gestellt hat. Der Eisenbahnverkehr ruht vollständig. Die Aufständischen haben das Abstimmungsgebiet rechts der Oder, bis zur sogenannten Korfantylinie, in ihrer Gewalt. Der Belagerungszustand ist seitens der interalliierten Kommission auch auf die Kreise Gleiwitz Stadt und Land ausgedehnt.

Schwere Verluste der Italiener.
Nach den durch den Minister Simons im auswärtigen Ausschuss des Reichstages gemachten Mitteilungen haben die Truppen der Interalliierten Kommission trotz ihres offenbar guten Willens, den Aufbruch niederzuschlagen, wenig Aussicht, mit eigener Kraft Herr der Lage zu werden. Die gegen Korbantik entwickelte italienische Gegenaktion ist schon in ihren Anfängen scheitern geblieben. Die italienischen Truppen haben schwere Verluste erlitten. Allein in dem Gefecht bei Nicolai wurden auf italienischer Seite 2 Offiziere und 35 Mann getötet und 49 verwundet. Zahlreiche Maschinengewehre und auch Geschütze fielen in die Hände der Polen. Der ganze Kreis Rybnik und der südliche Teil des Kreises Pleß ist von den Polen besetzt, die mit aller Kraft an dem Ausbilden ihrer Stellen arbeiten und allenthalben Schützengräben ausheben. Zu diesen Arbeiten werden deutsche Bewohner zwangsweise gezwungen. Die Zahl der verschleppten Deutschen geht in die Hunderte. Bei Myslowitz und im Kreise Pleß wurden Sammellager für die gefangenen Deutschen eingerichtet.

Nach dem Scheitern des italienischen Angriffs auf Rybnik sind die Polen nun ihrerseits zum Gegenangriff auf Korbantik übergegangen und versuchen den Uebergang über die Oder zu erzwingen. Die deutsche Bevölkerung des Kreises Korbantik leidet hier aber verheerenden Verheerungen. Angehörige der polnischen Regierung stellen der Bevölkerung der italienischen Besatzungsgebiete einen Widerstand an die Bewässerung und hat hunderttausend polnische Freiwillige in seine Kommanden einberufen.

Die polnische Aufstandsbewegung dehnt sich jetzt so weit aus, daß selbst die Städte Oppeln, Gleiwitz und Beuthen unmittelbar bedroht sind. Nicht nur in Gleiwitz und Beuthen, deren Angenden bereits von den Aufständischen besetzt sind, werden polnische Angriffe erwartet, sondern auch in Oppeln, dem Sitz der interalliierten Kommission. Allerdings sind die Besatzungsbehörden sehr entschlossen, die polnische Angriffe mit allen zur Verfügung stehenden Kräften abzuwehren. Leider stehen ihnen jedoch nicht die unbedingt erforderlichen Kräfte zur Verfügung.

Deutsche Hilfskräfte zur Wiederherstellung der Ordnung.
Im Bewußtsein ihrer eigenen Verantwortung



Karte zu den blutigen Ausschreitungen in Oberschlesien.

Interalliierte Kommission jetzt dazu über, sich deutscher Hilfskräfte zu bedienen. Sie hat beschlossen, 3000 Deutsche, möglichst Oberschlesier, in die Abstimmungsgebiete einzustellen. Die neuen Postzeitkolonnen sollen unter dem Befehl alliierter Offiziere stehen. Vorschläge von deutscher Seite, die Schutzpolizei zur Wiederherstellung der Ordnung heranzuziehen, wurden von der Kommission bisher abgelehnt.

Polnische Truppen in Oberschlesien.
Ob diese 3000 Hilfspolizisten ausreichen werden, um den Aufbruch niederzuschlagen, ist stark zu bezweifeln, und zwar um so mehr, als die polnischen Banden inzwischen dauernd Zugang durch reguläres polnisches Militär erhalten. Selbst das keineswegs deutschfreundliche Reutersche Büro verbreitet die Meinung, daß eine Anzahl polnischer Truppen, gut bewaffnet und ausgerüstet und mit Maschinengewehren versehen, an der Aufstandsbewegung in Oberschlesien teilgenommen habe. Es herrsche kein Zweifel mehr, daß der Aufstand von polnischer Seite planmäßig vorbereitet sei.

In Warschau ist man natürlich über das scharfe Auftreten der Engländer und Italiener gegen die Rebellen nicht erbaut und veranlaßt Protestkundgebungen. Die Londoner Konferenz hat die Verhandlungen über das Schicksal Oberschlesiens vorläufig zurückgestellt, angeblich, weil der Bericht der Kommission noch nicht vollständig vorliegt. Die Reichsregierung hat nach London, Rom und Paris eine neue Note gerichtet, in der sie wegen der polnischen Aufstandsbewegung in Oberschlesien Vorstellungen erhebt.

Lebensmittelkrise im Aufstandsgebiet.
Durch den Aufstand der Polen sind in den bedrohten Kreisen die Preise für Lebensmittel ungewöhnlich gestiegen. Diese Steigerung ist auf eine durch die abgeschnittene Zufuhr bedingte Lebensmittelknappheit zurückzuführen. Die Bevölkerung befindet sich in einer unbeschreiblichen Erregung. An verschiedenen Orten sind bereits Lebensmittelunruhen ausgebrochen.

Die Polen wollen noch über die Korfantylinie.
Die Absichten der polnischen Aufständischen scheinen doch noch weiter zu gehen, als bis zur sogenannten Korfantylinie. Selbst Kreuzburg, ein rein deutsches Gebiet, von dem selbst Korfanty nie die Zuteilung zu Polen verlangte, soll mit in den Aufbruch einbezogen werden. Ein großer Teil der polnischen Presse sympathisiert jetzt auch ganz offen mit den Aufständischen, die das ganze Abstimmungsgebiet, einschließlich der überwiegend deutschen Gebiete, „erobern“ wollen.

„Präsident Korfanty.“
Korfanty, alias polnischer Plebiszitkommissar, von diesem Amt aber durch die Polenregierung in Warschau enthoben, hat sich an die Spitze der Aufständischen in Oberschlesien unter dem hochtönen Titel „Präsident der Boimodschaft Oberschlesien“ gestellt. Unter seinem Oberbefehl kämpfen nicht nur polnische Mäuerbänden, sondern, wie jetzt ernteten ist, auch reguläre polnische Truppen. Im Kreise Kreuzburg wurde bei einem Gefecht ein Pole getötet und einer gefangen genommen, die beide dem 6. polnischen Grenzbataillon, also einer regulären polnischen Truppe, angehörten. Der gefangene Soldat sagte bei seiner Vernehmung aus, daß das ganze Bataillon sich auf die Seite der Aufständischen gestellt habe.

Weiter wird aus Oberschlesien gemeldet, daß Groß-Strehlitz, das am 5. Mai abends von den Insurgenten besetzt wurde, in den Morgenstunden des 6. Mai wieder geräumt wurde. Das Gebäude der Pleßischen Verwaltung in Kattowitz wurde von den Polen besetzt.

Ueber die Beteiligung Deutschlands an der Wiederherstellung des Aufbruchs verläutet, daß eine Reichswehrbeteiligung nicht erwogen worden ist, sondern daß die deutsche Regierung den Alliierten mehrere Hunderttausend Polizeitruppen angeboten hat, die unter deren Kommando in Oberschlesien Ruhe und Ordnung wiederherstellen sollen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 6. Mai.

Reichsminister Besenbinder über den Polenputsch.

Ein großer Tag? — Es scheint wenigstens im Sitzungssaal wie auf den Tribünen herrscht eine angespannte Stille. Offenbar erwartet man bereits

Regierungserklärung zu dem Ententeultimatum über zu der Regierungserklärung. Nichts von alledem. Reichskanzler Leubuscher macht leblich Mitteilung davon, daß das Ententeultimatum am Donnerstag unserem Botschafter in London überreicht und von diesem nach Berlin übermittelt worden ist. Außerdem ist hier der englische Text der Beschlüsse der Alliierten über die Reparationen und die Zahlungsforderungen eingetroffen. Das Kabinett wird die sachlichen Unterlagen für die Entscheidung vorbereiten, die dem neuen Kabinett obliegt.

Hierauf gibt der Reichskanzler eine ausführliche Schilderung der Lage in Oberschlesien:

Die Vorbereitungen der polnischen Bewegung sind, worauf wir bei den alliierten Regierungen immer wieder hingewiesen haben, so offen vor sich gegangen, daß über ihre aufrührerischen Absichten und Zwecke längst kein Zweifel mehr bestehen konnte. (Zustimmung.) Der Aufstand hat sich bereits bis in die Korzantyn-Dinie ausgedehnt und teilweise darüber hinausgegriffen. (Hört! Hört!) Ueber die polnische Grenze sind Waffen und Munition nach Oberschlesien gelangt, und die Insurgenten sind glänzend bewaffnet. (Bewegung.) Die Leitung der Bewegung ist militärisch. Offenbar besteht der Plan, vollendete Tatsachen im Interesse Polens zu schaffen und damit den alliierten Regierungen die Hände zu binden. Auch Anzeichen für polnische Mobilmachungspläne liegen vor. Von allen Seiten dringen Hilferufe zu uns. Unseren ober-schlesischen Volksgenossen versichern wir, daß wir alles, was in unserer Macht steht, tun, um sie in ihren Rechten und in ihrem Leben zu schützen. (Lebhafte Beifall.) Wir bitten sie, auszuhalten und den Gegnern durch irgendwelche Akte der Unbesonnenheit oder der Verzweiflung das Spiel nicht zu erleichtern.

Anschließend macht der Kanzler Mitteilung von den Maßnahmen der Reichsregierung. Am 5. Mai ist eine Note in Paris, London und Rom übergeben worden, nachdem wir bereits am Vortage ernste Vorstellungen erhoben haben. In der neuen Note ersucht die Reichsregierung um eine Erklärung der Alliierten, ob sie genehmigt sind, alsbald die zur Herstellung der Ruhe erforderlichen militärischen Kräfte einzusetzen. Die Reichsregierung hat alle Anordnungen in die Wege geleitet, um die Reichswehr in den Stand zu setzen, in kürzester Zeit dasjenige zu tun, was nach dem Ergebnis unseres Schrittes bei den alliierten Mächten als notwendig erscheint. Vor jedem Einsatz irgendwelcher Machtmittel soll das Parlament befragt werden.

Ein Antrag der Kommunisten auf sofortige Besprechung der Regierungserklärung wird unter großem Lärm der Linksradikalen abgelehnt. Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Sitzung abgebrochen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. Mai 1921.

Mit der Prägung von weiteren 50 Millionen Mark in Kupfermünzstücken aus Aluminium erklärte sich der Reichsrat einverstanden.

Ein vierter Vizepräsident für den Reichstag. Der Verfassungsausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Besetzung des Reichstagspräsidenten. Durch die Verschiebung des Verhältnisses der Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei steht der letzteren Partei der Posten eines Vizepräsidenten zu. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wurde die Erchtung eines vierten Vizepräsidenten beschlossen, den die Deutsche Volkspartei zu stellen hätte.

Braunschweiger Verfassungskonflikt. In der Braunschweiger Landesversammlung brachten die Demokraten und der Landesverband eine Entschließung ein, in der sie gegen eine Verlängerung der Wahlperiode der Landesversammlung über den 15. Mai hinaus Widerspruch erheben und jeden Versuch, die gegenwärtige Landesversammlung nach dem 15. Mai hinaus tätig werden zu lassen, als gesetz- und verfassungswidrig ablehnen. Die Unabhängigen brachten folgenden Dringlichkeitsantrag ein, der in der am Dienstag stattfindenden Vandiagsitzung beraten werden soll: „Die Legislaturperiode der am 16. Mai 1920 gewählten Landesversammlung endet mit der Verabschiedung der Verfassung und mit der ihr unmittelbar im Zusammenhang stehenden Reformgesetz. Die Legislaturperiode darf nicht über den 20. Mai 1922 ausgedehnt werden.“

Die Regelung der Getreideversorgung. Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide mit großer Mehrheit angenommen. Der überwiegend größte Teil des Brotgetreidebedarfs soll zukünftig innerhalb der bisherigen Nationen, wie bekannt, durch Umlage aufgebracht werden; für das Umlagegetreide wird ein bestimmter Preis festgesetzt. Das verbleibende Getreide wird ohne jede Einschränkung dem freien Verkehr überlassen. Eine etwaige Ergänzung des Umlagegetreides ist durch die Einfuhr von Auslandsgetreide und den Einkauf von inländischem Getreide auf dem freien Inlandsmarkt vorgesehen. Die Ausschüsse des Reichsrates haben das von der Regierung vorgeschlagene Umlagefoll von 3,5 Millionen Tonnen auf 3 Millionen Tonnen herabgesetzt. Ferner wurden die Bestimmungen zugunsten des kleinen Besitzes erweitert und die Länderschaftung wurde gestrichen.

Der Fall Erzberger. Am Mittwoch abend beschäftigte sich der Reichstag mit der Steuerangelegenheit des früheren Finanzministers Abg. Erzberger. Zur Diskussion stand der Bericht des Geschäftsausschusses über ein Schreiben des Reichsministers des Innern, betreffs Strafverfolgung des Abg. Erzberger (Zentr.) wegen Einkommensteuerhinterziehung und Kapitalflucht. Der Ausschuß hat gegen 4 Stimmen beschlossen, die Immunität des Abg. Erzberger für diesen Fall aufzuheben und die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Nach mehrstündiger, teilweise sehr erregter Debatte wurde der Ansuchenantrag angenommen.

Hill wieder amerikanischer Vorkämpfer in Berlin? „Times“ werden aus New York, daß wahrscheinlich Dr. Hill zum Botschafter der Vereinigten

Staaten in Berlin ernannt werden wird. Hill hatte diesen Posten bereits in den Jahren 1908 bis 1911 inne. Hill steht bereits im 71. Lebensjahre.

Zeitungsverbote in Düsseldorf. Die Befugungsbehörde hat den „Frankischen Kurier“ für das Gebiet des Brückenkopfes Düsseldorf verboten. Auch das „Eiserne Wochenblatt“ und das „Freie Wort“ ist auf die Dauer von drei Monaten verboten worden.

Aufhebung des Belagerungszustandes im unbefestigten Rheinland. Nach einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai ist der auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verhängte Ausnahmezustand für den Bezirk der unbefestigten Teile des Regierungsbezirks Düsseldorf sowie der Regierungsbezirke Arnberg und Münster aufgehoben worden.

Das Ultimatum der Entente. Die Listenforderungen der Entente für Bild betragen 120 lebende Pferde, 63 000 Rinde, 600 000 Hefen, 195 000 Fasanen, 75 000 Fasaneier und 8 000 000 Rebhühner. Zur Zeit wird in Paris über die Durchführung der Lieferung und ihre Möglichkeit überhaupt verhandelt.

Rundschau im Auslande.

Auf den jugoslawischen Minister Draskowitsch ist ein Revolutionsanschlag verübt worden. Der Minister verlor dem Attentäter eine Stockhieb, so daß der Schuß fehlging.

England: Erste Verurteilung über den Polenputsch.

Der polnische Einfall in Oberschlesien hat in englischen Kreisen lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Neuter meldet: Dieser Angriff auf die Autorität des Obersten Rates und auf die militärischen Kräfte, die von ihm zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandt worden sind, müsse, wenn er fortbauern sollte, eine sehr ernste Wirkung auf die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern gegenüber ausüben. Nach derselben Quelle ist der Bericht der Interalliierten Kommission über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien in London eingegangen und wird unterweil dem Obersten Rate unterbreitet werden. — In alliierten Kreisen erklärt man, daß die von den Polen in Oberschlesien entfesselten Unruhen die Entscheidung des Obersten Rates über das Verhalten des Interalliierten Ausschusses in erster Reihe beeinflussen könnten.

Aus Stadt und Land.

Der deutsche Bauerntag 1921. Die berufsbundliche Vertretung des deutschen Bauernstandes, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine, veranstaltet ihre diesjährige Tagung vom 4. bis 6. Juni in Mendoburg. Der Schleswig-Holsteinische Bauernverein, in dem die gesamte Nordmark organisiert ist, hat zu dieser für die deutsche Landwirtschaft hochbedeutende Versammlung, auf der die Landwirtschaft aller deutschen Gauen vertreten sein wird, die umfangreichsten Vorbereitungen getroffen. Die Tagung wird zeigen, daß die Einheitsfront des deutschen Bauernstandes wohl organisiert besteht.

Eine Millionenpende für die deutschen Kinder. Eine in der Republik Kuba, insbesondere in Havana, veranstaltete Sammlung zur Vinderung der Not der deutschen Kinder hat einen Betrag von mehr als einer Million Mark ergeben. Ein Teilbetrag von 50 000 Mark ist dem Wunsche der Spender gemäß zugunsten deutsch-österreichischer Kinder verwendet worden, den gesamten Restbetrag hat die „Deutsche Kinderhilfe“ erhalten. Bei einer Gesamtbevölkerung von nur etwa 2 1/2 Millionen (darunter etwa 300 Deutschen) hat das uns noch bis vor kurzem feindliche Kuba mit dieser Spende von dem Wiedererfahren der Gefährde der Menschlichkeit ein erfreuliches Zeugnis abgelegt.

Starker Schneefall in ganz Thüringen. In ganz Thüringen herrscht seit Donnerstag früh anhaltend starker Schneefall. Im Thüringer Wald beträgt die Schneehöhe bereits 20 Zentimeter. Obstbäume und Beerensträucher sind durch Eisbildung stark gefährdet.

Wichtige Nachrichten.

Moderne Postbestimmungen.

Seit dem 1. Oktober 1920 ist bei Zeitungsbezug durch die Post die Zustellgebühr in das Bezugsgehalt eingeschlossen. Nun sind die Postbestellgänge von der Post aus fiskalischen Gründen, namentlich in kleineren Orten, stark eingeschränkt worden. Will nun jemand, um die Zeitung früher zu erhalten, sich diese vom Postamt abholen, so muß er dafür vierteljährlich 2 M. mehr entrichten. Also ins Haus kostenlos — wer selbst abholt, muß außerdem Bestellsgehalt dafür zahlen, daß er das darf. Früher war es umgekehrt.

Keine neuen deutschen Vorschläge.

Die französische Regierung, die Wiederherstellungskommission sowie der deutsche Botschafter in London, Dr. Eshamer, dementieren die Nachricht der „Times“, daß die deutsche Regierung wiederum neue Vorschläge eingereicht habe.

Polnische Mobilmachungsbefehle.

Oppeln, 6. Mai. Die Polen haben in dem von ihnen besetzten Gebiet Mobilmachungsbefehle erlassen. Alle männlichen Personen von 16 bis 70 Jahren (!) werden danach aufgefördert, sich zu stellen. Im Weigerungsfalle wird Todesstrafe angedroht.

Spur und Hirsch: Hödenort expediert Sonntag den 8. Mai 1/2-6 Uhr.

Sport-Vericht.

Fußball. Am Himmelfahrtstage hatte sich anlässlich der Bezirks-Arbeiterjugend-Turnfahrt die 1. Jugend von Niederpfefferwisch gegen die 1. Jugend „Früh auf“, Dippoldiswalde zu einem Gesellschaftsspiel eingefunden. Bei strömendem Regen wurde auf besonderen Wunsch der Jugendmannschaften der friedliche Kampf zu Ende geführt und erreichte das Resultat von 0:9 für Pfefferwisch. — Am Nachmittag fand ein Gesellschaftsspiel der 1. „Früh auf“ gegen die 2. „Früh auf“, Dippoldiswalde. — Sonntag den 8. Mai nachm. 1/2 Uhr spielt 1. Jugend „Früh auf“ gegen 1. Jugend von Kreischa (1. Klasse) ein Gesellschaftsspiel auf hiesiger Sportplage. — Anlässlich der Sportplatzweiche in Reich spielt die 1. Mannschaft

„Früh auf“, Dippoldiswalde gegen die 2. Mannschaft „Sellos“, Reich.

Fußball. Anlässlich des Autumens des Turnvereins Dippoldiswalde (D. T.) treffen sich am 8. Mai nachm. 4 Uhr auf dem Turnplage die erste Mannschaft Rabenau, 1. und 2. Mannschaft Seifersdorf mit der 1. und 2. Mannschaft des Turnvereins Dippoldiswalde.

Eingefandt.

Nach dem Durchlesen der Flugschrift „Einsteins Truglehre“, allgemeinverständlich dargestellt und widerlegt von H. Roderich Stollheim, Sammerverlag, kann ich die Lektüre desselben wärmstens empfehlen. Allerdings nur als humoristisch-satirische Unterhaltung wird diese „Widerlegung“ allen Lesern eine recht ergötliche Stunde bereiten. Wer und was ist der Verfasser sonst noch als blinder Antisemit?

Dr. Ing. Weller, Gewerbe-Oberstudientrat.

Kurzweil.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein.

Zweigstelle Dippoldiswalde.

Staatspapiere.		4. 5.	6. 5.
3- Deutsche Reichsanleihe	70,375	70,50	70,50
3- „	64,-	63,75	63,75
4- „	67,075	67,50	67,50
5- „	77,375	77,37	77,37
3- Sächsische Staatsanleihe	83,-	84,-	84,-
3- „	56,125	56,62	56,62
3- „	82,64	84,-	83,50
3- „	1919	73,75	73,25
3- „	87,-	87,-	87,-
4- „	97,25	96,50	96,50
3- „	54,375	53,62	53,62
4- „	79,-	79,-	79,-
4- „	68,25	68,-	68,-
3- „	86,50	86,50	86,50
3- „	92,12	93,-	93,-
4- „	104,75	104,67	104,67
3- „	82,-	81,37	81,37
4- „	97,50	97,50	97,50
Bank-Notizen.			
Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt Leipzig	100,50	102,-	102,-
Chemnitzer Bank-Verein	206,50	207,50	207,50
Commerz- und Privatbank	203,-	203,-	203,-
Deutsche Bank	295,-	295,-	295,-
Dresdener Bank	200,-	200,25	200,25
Erbaner Bank	197,-	197,-	197,-
Sächsische Bank	264,50	264,-	264,-
Devisenkurse.			
Berlin, telegraphische Kurs- zahlung auf:	4. 5.	4. 5.	6. 5.
	Gold	Gold	Gold
Holland	2335,15	2339,85	2339,85
Dänemark	1205,25	1207,75	1207,75
Schweden	1548,45	1551,55	1543,45
Norwegen	1018,95	1021,05	1016,45
Belgien	139,85	140,15	141,50
Frankreich	1170,30	1172,70	1174,80
Wien (alte)	—	—	—
Wien (neue)	17,855	17,895	10,73
Prag	91,15	91,35	91,35
London	30,90	31,04	31,04
Madrid	924,05	925,95	919,05
Brüssel-Antwerpen	521,95	523,05	544,45
Oslo	320,65	321,35	324,05
Kopenhagen	263,20	263,80	262,35
Warschau	66,03	66,17	65,801
Paris	523,45	524,55	549,45

Wichtige Gelegenheit!

Wegen Räumung meines Lagers gewähre

20% Rabatt
auf Kommoden.

Dippoldiswalde.

H. Strubel,
Tischlermeister.

Tätige Landwirtschafts-Vertreter
bei hoher Provision gesucht zum Besuch der Landwirte in Maschinen, Düsen und -Fetten, Seilen u. anderen gangbaren Artikeln. Werte Angebote an
Günther & Hartmann,
Chem. Wert,
Tobna i. Sa.

Einige Zentner
Saatkartoffeln
hat abgegeben Reichardt 123.

Ausgefämnites Haar
kauft zu höchsten Preisen
Johannes Hörl,
Herren- und Damen-Friseur,
Dippoldiswalde,
Markt #3.

Verschiedene selbstbeladene
Leiterwagen,
2-5 Zentner Tragkraft, sind zu verkaufen bei H. Sporbert,
Dippoldiswalde.

Ein schöne Garten-
Gartenmöbel,
6 teilig, in Birke, steht preiswert zum Verkauf.
Kordgericht Paul Täubert,
Schmiedeburg.

Ein gut erhaltenes
Ranaper, 2 Ueberzieher,
einige R. mit 1/2
sind zu verkaufen bei
G. Holfert, Weierhölzer 254.

Ein Polten alte
Dachziegel
liegt zum Verkauf bei
M. Steinigen,
Reinhardtsgelenna Nr. 81.

Entlaufen

Schwarzer Dachhund mit braunen Flecken. Gegen Belohnung abgegeben bei Forstwart Wende, Oberbärenburg.

Ein Sommerüberzieher,
ein schwarzer Tuchrod, ein Frack, verschied. Hüte, ein Gasofen und noch verschiedenes andere ist preiswert zu verkaufen
Große Wassergasse 67, 2 Tr.

Große Auswahl
Regen-Mäntel, Zeitbahn-Joppen, Dreil-Anzüge, Jäger-Militär-Hosen, grüne Joppen, gebrauchte Militär-Blusen u. Dolm., Sommer-Bald-Joppen, Kinder-, Zeitbahn-Anzüge, kaufen sie am billigsten bei
Taatz, Dresden,
Webergasse 33 I.

Ein
Hausmädchen,
sauber und eifrig, sucht zum 15. Mai
Café Schwarz,
Dippoldiswalde.

Cutaway
für schlanke Figur, sehr gut erhalten, zu verkaufen. Zu erfahren i. d. Geschäftsstelle.
Junge, h. stragende

Kuh
steht preiswert zu verkaufen
Reiberfrauenthor 34.

2 zurüdgekehrte
Nähmaschinen
mit Garantie sind preiswert zu verkauf. J. Illner, Schmiedeburg.

Gothaer Lebensversicherungsbank a. S.

Bisher abgeschlossene Versicherungen mehr als
drei Milliarden Mark.

Unseren Mitgliedern bringen wir zur Kenntnis, daß wir die Verwaltung unserer Geschäftsstellen zu Dippoldiswalde und Schmiedeberg

Herrn Arthur Zimmermann
in Dippoldiswalde
Kabenauer Straße 278d

übertragen haben. Herr Zimmermann ist zur Vermittlung von Lebensversicherungen und zur Erteilung von Auskünften gern bereit.

Gotha, den 23. April 1921.

Gothaer Lebensversicherungsbank a. S.

Entlaufen.

Brauner Dackel, auf den Namen Waldow hörend, ist Himmelfahrt von der Willischbaude aus abhanden gekommen. Gegen hohe Belohnung erbittet Benachrichtigung

Paul Welzer,

Zuckerwarenfabrik Landegast. Tel. Niederseßlich 871.

Blaudrud, Dirndlstoffe, Zephir,
Blusen-Flanell, Hemden-Barchent,
Sporthemden, Damen-Hemden,
Männer-Hemden, Männer-Hosen,
Burschen-Hosen und
Knaben-Hosen

empfiehlt zu äußerst billigen Preisen

Paul Weihrauch, Johannisbad.

Große Auswahl Dresdens in 4-, 5- und 6-jährigen Arbeitspferden.



Freitag den 6. Mai sind bei mir Transporte
frischer bester Arbeits-
und Gebrauchspferde

eingetroffen und zwar Belgier, langschwänzige
Dänen und Oldenburger. Dieselben stehen in meinen Stallungen
zur gefl. Besichtigung zum Verkauf. Es befinden sich darunter
mehrere auf

Original-Qualität mit Ehrenpreis, 1., 2. und 3. Preis
prämiierte gleiche Paare Stuten und Wallache

in verschiedenen Farben und Größen. Alle Pferde sind schon gut
eingefahren und werden in meinem hiesigen Expeditionsbetrieb aus-
geprobt, selbige werden von mir mit voller Garantie verkauft.
Kaufpreis kann auf Wunsch 3-6 Monate nach Ablauf der Garantie-
zeit später gezahlt werden.

Edmund Eckardt,

Pferdehandlung,

Dresden-N., Böhmische Straße 24 (Nähe Albertplatz).
Tel. 22 750.

Ostfriesisches
Milchvieh.



Von heute Sonntag ab stellen wir einen frischen Transport
prima Kühe und Kalben
hochtragende und mit Kalbern, darunter auch Zug- und
Gattekühe, preiswert zum Verkauf.

Herrlich & Weichelt,
Ober-Colmnitz.

Tel. Amt Rillingenberg 44.

Wir beliefern

Kohlenbezugscheine

und besorgen gleichzeitig die Anfuhr.

Gebr. Ritzsche, Seifersdorf.

Kohlenbezugscheine

nimmt an

Paul Schwedler, Bahnhofstr. 214.

Hausmädchen

das gut werken kann, sucht
B. Ritzsche, Dippoldiswalde, Nr. 54.

Sonderes, fleißiges, zuverlässiges

Hausmädchen

mit Kochkenntn. für best. Haushalt
gesucht. Mit Zeugnis vorzustellen
Dresden-N., Unt. Kreuzweg 1, 1.

600 - 800 Mark

wöchentl. Verdienst

durch Übernahme eines Zweig-
engroßgeschäftes. Erforderliches
Kapital ca. 1500 M. Es wollen
sich nur Herren melden, welche
an ein selbstbewusstes Arbeiten ge-
wöhnt sind.

H. Gumpert & Co.,
Schneeberg E.
Reichenhainstr. 64.

Gasthaus „Alte Pforte“

Sonntag nachm. 1/4 Uhr und abends 1/8 Uhr



großes Preis-
Staf-Turnier
mit Zahlenreizen.

ff. Küche. **Spezialität Bratwurst mit**
Sauertraut.

Es ladet ergebenst ein

Bruno Adel.



Gasthof „Seeblick“

Sonntag

großes Ballfest.

Bootsverbindung von und nach Station Malter
zu jedem Zuge.

Stern-
Lichtspiele

Sonntag 1/2 Uhr

Auf vielseitig. Wunsch
Wiederholung

des großen historischen Films

August
der Starke

Naturaufnahme.

Um gütigen Zuspruch bittet

Fedor Böhmer.

Während des Sommerhalbjahres habe ich
meine Sprechstunden wie folgt festgesetzt:
Wochentags vorm. 10-1, nachm. 4-7 Uhr
Mittwoch nachm. nur nach besonderer
Vereinbarung, sonst keine Sprechstunde,
Sonntags 1/2-1/2 Uhr Vormittags.

Prof. Dr. med. O. Holler,

Spezialarzt f. Haut-, Geschlechts- u. Blasen-
leiden. Dresden-A., an der Mauer 2, II.
Ecke Seestraße Fernsprecher 17 503.

Zum Pfingstfeste

empfiehlt

jämtliche Backwaren

in nur frischer und neuer Qualität

Otto Feller.

Kohlenbezugscheine

werden bis 10. d. M. angenommen.

Flemming, Ruppendorf.

Für die uns anlässlich unserer
Verlobung überbrachten Glück-
wünsche und Geschenke sprechen
wir hiermit unsern herzlichsten
Dank aus.

Elisabeth Klemm
Oskar Seewald
nebst Eltern.

Obercarsdorf

Bärenfels

Tanzpalast zur
„Falsperre Malter“.

Seute Sonntag

große Ballschau.

Stimmungsvolle Dekoration.

Ursideler Betrieb!

Anfang 4 Uhr.

Hierzu ladet ergebenst ein

H. Schmieder.

Erbgericht
Höckendorf.

Großtes Tanz-Etablissement.

Seute Sonntag von 4 Uhr

feiner öffentlicher Damenball

Neue Kapelle. Direktion Helm-Dresden.

Tellkuppe Kipsdorf.

Seute Sonntag

feiner Ball,

wogu ergebenst einladet

Frang Reinecke.

Gasthof Niederpöbel.

Seute Sonntag

feiner öffentlicher Ball.

Um zahlreichen Besuch bitten

W. Nagelska und Frau.

Gasthof „goldner Hirsch“, Reinhardtsgrünna.
Sonntag, 8. Mai
(Anfang 4 Uhr) **starkbesetzte Tanzmusik.**

Voranzeige.

Steinbruch
Dippoldiswalde.

3. Pfingstfeiertag

großes Konzert.

Maurer

werden gesucht

Baugeschäft Arthur Ritzsche,
Dippoldiswalde.

Nach kurzem Krankenlager verschied mein lieber
Vater, unser Vater, Schwieger-, Groß- u. Urgroßvater

August Ritschel,

Dachbedeckmeister

im 77. Lebensjahre.

Dippoldiswalde, 6. Mai 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 4 Uhr
vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim
Heimgange unseres lieben unorgelichen Kindes

Eisriede

lagen wir nur Herdurch allen Freunden und Be-
kannnten unsern herzlichsten Dank.

Dippoldiswalde, 6. Mai 1921.

Familie Eddy.

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 106

Sonntag den 8. Mai 1921

87. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen.

Sparkasse Dippoldiswalde.

Einlegerguthaben 15 000 000 Mark.

Geschäftszeit:

Montags bis mit Freitags 1/29—1/21 Uhr und 2—3 Uhr,
Sonnabends nur 1/29—1/21 Uhr.

Tägliche Verzinsung nach jährlich 3 1/2 v. H.

Aufbewahrung und Verwaltung sowie Vermittlung des
An- und Verkaufs von Wertpapieren.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen im Freistaat Sachsen
sind wir Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.
Gemeindeverbandsgiro-Konto Nr. 20 — Postcheck-Konto Dresden Nr. 2890.
Fernsprech-Anschluß Nr. 2, Abg. Sparkasse.

Gemeindegirokasse Schmiedeberg

Geschäftszeit wie bei der Sparkasse.

Verzinsung: Bei täglicher Verzinsung 3 Prozent.

Kostenlose Ausführung von Ueberweisungen nach allen Orten Deutschlands.

Speisenfreie Einziehung von Schecks.

Vermittlung von An- und Verkäufen von Wertpapieren.

Gemeindegirokonto Nr. 2, Postcheck-Konto Leipzig Nr. 27040.

Fernsprech-Anschluß Nr. 27 Amt Ripsdorf.

Sämtliche Drucksachen für die Gemeindebehörden
liefert sauber und rasch
Buchdruckerei Carl Jehne.

Der Anteil des Staates und der Gemeinden an der Aufbringung der Baukostenzuschüsse.

In der Sitzung des sächsischen Landtages vom 17. März war bekanntlich beschlossen worden, in Verfolg des Reichsnotgesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues in Sachsen in den Rechnungsjahren 1921—22 einen Betrag von 280 Millionen Mark aus Staatsmitteln aufzuwenden und die sächsischen Gemeinden zu verpflichten, einen Betrag von 140 Millionen Mark aus Gemeindefonds zur Verfügung zu stellen. Das Reichsnotgesetz verpflichtete die Staaten, 30 M pro Kopf der Bevölkerung zur Förderung des Wohnungsbaues aufzubringen; der sächsische Landtag aber hatte den Satz auf 90 M pro Kopf der Bevölkerung erhöht, und infolgedessen waren die oben genannten Summen aufzubringen. Mit der Frage, auf welche Weise dies geschehen sollte, beschäftigte sich am Dienstag der Haushaltsausschuß des Landtages. Der Berichterstatter glaubte, in der vom Landeswohnungsamt herausgegebenen Verordnung über die Verteilung der von den Gemeinden aufzubringenden Summe eine starke Benachteiligung der Großstädte erblickten zu müssen, die ihrerseits den größten Betrag abliefern. Städte von einer gewissen Größe (20 000 Einwohner) an müßten das alleinige Verfügungsrecht über die von ihnen aufzubringenden Summen erhalten. Die Regierung betonte demgegenüber, daß sie glaubte, schnell zu bauen, und daß dabei der Grundsatz: „Alle für Einen — Einer für Alle“ unbedingt zur Anwendung gebracht werden müsse. Der Wohnungsbaubau sei gleichmäßig auf das ganze Land zu verteilen. Ärmere Gemeinden, auch die vielen Kleinstädte, müßten unterstützt werden. Zur Durchführung und Berücksichtigung der berechtigten Wünsche sei der Landeswohnungsverband gegründet worden, dem sich alle mittleren Städte und auch große angeschlossen hätten. Der Schlüssel der Regierung läge eine Verteilung zu Bauzwecken von circa 70 M pro Kopf der Bevölkerung vor, sodas circa 20 M pro Kopf als Rücklagen für unvorhergesehene Ausgaben und für die vom Reiche bestimmten Reserven verbleiben würden. Von einer Seite wurde der Wunsch der Großstädte, die von ihnen aufzubringenden Summen zu einem größeren Teil, als es die Ministerialverordnung vorsah, zur Verfügung zu erhalten, für ungerecht und nicht haltbar bezeichnet. Man leide auf allen Gebieten unter einer ungesunden Zentralisation. Dezentralisation im Sinne einer gesunden, durchaus notwendigen Umsiedelung sei zu erstreben. Von der Regierung wurde noch mitgeteilt, daß der vorläufige Beschluß des Landtages, die vom Staat und den Gemeinden aufzubringenden 280 bzw. 140 Millionen Mark durch einen allgemeinen Zuschlag zur staatlichen Grundsteuer unter Zugrundelegung der Friedens-Brandversicherungssummen aufzubringen, wahrscheinlich infolge des Widerspruchs des Reiches würde abgeändert werden müssen, weil das Reich eine Mietsteuer verlange. — Die weitere Erörterung über diese Angelegenheit im Ausschuss wurde zunächst vertagt.

Sächsisches.

— Von dem vom Statistischen Landesamt alljährlich bearbeiteten und herausgegebenen „Verzeichnis der „Märkte

und Messen“ ist die Ausgabe für 1922 soeben erschienen. Das Bändchen, das wie bisher außer den Angaben für Sachsen auch solche für die angrenzenden reichsdeutschen und deutsch-böhmischen Gebiete enthält, ist durch den Kommissionsverlag von E. Heinrich in Dresden-N. zum Preise von 1 M zu beziehen.

Die Spender der amerikanischen Milchhähe sind nicht bloß wohlthätig, sondern auch vorichtig. Weil in Deutschland und vor allem bei seinen Feinden alles und somit auch eine Beschlagnahme von Liebesgaben möglich ist, haben sich die Spender das Eigentumsrecht nicht nur an den Tieren, sondern auch an dem gesamten Nachwuchs vorbehalten, damit auf diese Weise eine Beschlagnahme jeglicher Art unmöglich gemacht ist. Die deutschen Rühnhaber haben nur eine jährliche Benützungsgeld von 1 M zu entrichten. Also reine Formsache. Dem ersten, anfangs Februar eingetroffenen Transport von 742 Milchhähen war auch eine Ladung Kraftfuttermittel beigegeben, und weitere sollen folgen, damit die Tiere leistungsfähig bleiben. Die Kosten stellen sich für jedes Tier auf 70 Dollars, wovon allein 40 Dollars auf die Seefahrt abgehen. In Amerika kostet demnach eine Kuh nach unserm Gelde 1800 bis 2000 M. Wie schon berichtet, ist der zweite Transport in Bremen eingetroffen.

Der Rechtsausschuß des Landtages hat zur Frage der Bestattung von Dissidenten folgenden Antrag gegen die bürgerlichen Vertreter angenommen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, a) nach der die Verwaltungen der Bestattungsanlagen nicht mehr berechtigt sind, für die Verstorbenen der verschiedenen Bekenntnisse oder Weltanschauungen besondere Bestattungszeiten festzusetzen, oder ihnen besondere Plätze anzuweisen; b) durch die eine Verordnung vom 15. November 1907, das Verhalten der Leichenbegleitungen bei Beerdigungen auf evangelisch-lutherischen Gottesäckern betreffend, aufgehoben wird.

Entsprechend dem Standpunkt der Kammer, im Hinblick auf die geplante Kommunalisierung neuer Apothekenkonzessionen nicht zu erteilen, hat der Prüfungsausschuß einem dahingehenden Besuch der Gemeinde Neuhäusen bei Sayda unter der Bedingung zugestimmt, daß die Gemeinde selbst die Apotheke errichtet.

Coply plant einen Schulbau, der auf 2 100 000 M veranschlagt ist und mit Einrichtung 3 Mill. M kosten wird. Meißner. „Der Landarbeiter“, das Organ der freige-werkschaftlichen deutschen Landarbeitervverbände, veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach vier Kassierer von Ortsgruppen des Verbandes größere Beträge eingezogener Verwaltungsgelder unterschlagen haben und verschwunden sind. Darunter befindet sich der frühere Kassierer der Ortsgruppe Klipphausen bei Meißner, Meißner.

Chemnitz. Dieser Tage wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach dem Markt gerufen. Die Wetterfahne des Jakobikirchturmes hatte sich infolge Verrostung gelöst, unterhalb der Laterne im Drahte des Hilfableiters gefangen und drohte weiter abzustürzen. Zur Sicherung des Publikums machte sich eine ausgedehnte Absperrung nötig. Nach zweistündiger mühevoller Arbeit gelang es der Wehr, die Wetterfahne, die ungefähr 1,80 Meter lang ist und nahezu 80 Pfund wiegt, in die Laterne hereinzuziehen.

Hohenstein-Ernstthal. Eine rohe Tat beging hier die in der Altstadt wohnende Webersehefrau R. Sie geriet aus kleiner Ursache mit ihrem 20 Jahre alten Stiefsohn in Streit und wurde dabei so wütend, daß sie einen auf dem Ofen stehenden Topf mit kochendem Kaffee nahm und den Inhalt über den jungen Mann schüttete, wodurch derselbe schwere Brandwunden am Kopf und Rücken erlitt.

Jitau. Oberbürgermeister Kälz wird dem Vernehmen nach seinen Posten nächstens verlassen, um sich einem größeren Wirkungskreis zuzuwenden.

Bermischtes.

* Gibt es noch Waren für 10 Pfennige? Ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ hat es unternommen, in einer größeren Anzahl von Geschäften anzufragen, ob es noch für 10 Pfennige etwas zu kaufen gebe. Das Resultat war, daß es wirklich noch einiges für diesen Preis zu erwerben gab und weiter, was eigentlich noch erfreulicher ist, daß der Mann auf seine Fragen auch höflichen Bescheid bekam und diese nicht etwa als Ull aufgefacht wurden. Das ist der Wert der wieder erwachten Konkurrenz. Es gab also für 10 Pfennige u. a. zu kaufen: ein Geschäftskupert, ein Lischblatt, eine kleine Sicherheitsnadel, eine Papierserviette, einen Hosenkноп, zwei Hemdenknöpfchen, eine Stahlfeder, eine Ziernadel, einen kleinen Zwieback, einen einzigen Wurstzipfel, eine Zigarette. Immerhin ist das, wenn es auch nicht viel ist, doch besser als gar nichts. Für 20 Pfennig dagegen gab es schon eine ganze Menge nützlicher und angenehmer Dinge.

* Ein Ehepaar verhungert. Aus Hamburg wird geschrieben: In einem Gasthof in der Bräuerstraße wohnte seit einiger Zeit ein bei den letzten polnischen Unruhen aus Posen geflüchteter Journalist Ottomar Hildebrandt mit seiner Ehefrau. Das Paar lebte sehr zurückgezogen, daher fiel es zunächst nicht auf, daß es seit Tagen nicht mehr gesehen wurde. Erst durch einen starken Leichengeruch aufmerksam geworden, forschte man nach und erbrach die Stubentür. Den Eintretenden bot sich ein entsetzlicher Anblick. Auf der Erde lag ein toter, skelettartiger Mann, im Bette eine Frau, die vor Schwäche ohne Bewußtsein war, aber noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Es gelang, sie für kurze Zeit wieder zum Bewußtsein zu bringen. Man erfuhr, daß beide seit über acht Tagen nichts mehr zu essen gehabt haben, ihr Mann, noch an Tuberkulose erkrankt, vor Schwäche niedergebroschen und gestorben sei; sie selbst habe das Bett vor Entkräftung seit länger als acht Tagen nicht mehr verlassen können. Herzlichereits wurde festgestellt, daß Hildebrandt im wahren Sinne des Wortes verhungert ist, und die Frau dem Hungertode nahe ist.

* Ein langlebiger Geschlecht. Das Kind eines Arbeiters in Bredstedt in Schleswig erblickte bei seinem Eintritt ins Leben Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Urgroßmutter. Die Urgroßmutter, eine 98jährige Witwe, erfreut sich bester Gesundheit und ist viel rüstiger als die Urgroßmutter.

* Deutschlands Zukunft. (Auf dem Schulausflug.) „Obermeyer, trag dein Schmetterling nicht schon wieder so militärisch!“

Saubere Kistenkarten liefert Carl Jehne.

Empfehlenswerte Ausflugsorte und Sommerfrischen!



Gasthof Schmiedeberg
I. Erg. (direkt am Bahnhof gelegen),
Inh.: M. v. Schmiedt (Tel. 5 Amt Schmiedeberg-Ripsdorf) empfiehlt seine behagl. Gasträume mit Kegelz., Zimmer, Panlon, gr. Garten u. Veranda. Gr. eleg. Saal m. Orchester bekannt vortz. Verpflegung. Bes. gepfl. Weine erster Firmen. II. Dire u. andere Getränke.

Comsdorf, Erlehngericht, 20 Minuten v. d. Strahmbahn u. Bahnstation Comsdorf. Schott. Linden-garten. Gute Verpflegung. Sonntags feiner Ball. S. Bernhardt.

Buschmühle
Wellebe



Schmiedeberg
Sommerfrische.

Etat vor Ripsdorf in waldreicher, idyllischer Umgebung und auf schattigen Waldwegen bequem von allen Seiten erreichbar. Ausgangspunkt lohnender Gedröbstouren. Beste Verpflegung. Asphalt-Regelbahn. Säber im Hause. Telefon: Amt Schmiedeberg-Ripsdorf Nr. 12.

H. Arumpolt.

Gasthof Sadisdorf.

Bej: Wilhelm Schmidt.
hält sich allen Ausflügl., Vereinen und Schulen bestens empfohlen. Gute Verpfleg. ff. Getränke. Gr. Tanzsaal. Eigene Kegelbahn. Dessenl. Fernsprechstelle Sadisdorf, Amt Schmiedeberg-Ripsdorf.

Gasthof Falkenhain. Schönst. Ausflugsort, herrliche Sommerfr. Gute Küche. Eigene Kegelbahn. 1/2 Stunde von Station Buschmühle. Tel. Ripsdorf 50. O. Geißler.

Habenauer Mühle der altbeliebteste Ausflugsort, bringt sich in Erinnerung. Besonders Touristen und Vereinen empfohlen. R. Gerthel.

Gasthof Niederschlottwitz, Bahnrestaurant, herrlich im Mühlthal gelegen, Ballsaal, Fremdenzimmer, Billard, vorzügliche Bewirtung. Carl Schmidt.

Konditorei u. Café „Hubertus“ Tharandt
Tel. 111. — Um freundlichen Besuch bitten Otto und Luise Schlotter.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 4. Mai.

Kleine Vorträge.

Zu Beginn der Sitzung gibt Präsident Ebe Kenntnis von einem Telegramm des Tiroler Landtags, in dem dieser für den Wunsch zum Ergehen der Volksabstimmung in Tirol seinen Dank ausspricht.

Die Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsverbrechen wird in dritter Lesung angenommen. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes geht an den Rechtsausschuss.

Der Gesetzentwurf über die vorläufige Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses wird in zweiter und dritter Lesung mit einer Entschließung (Mumm (Dnat.) und Sepp (Soz.)) angenommen, in der die besondere Berücksichtigung mittlerer und kleinerer Orte, sowie solcher in der Nähe von Großstädten und im Industriegebiet verlangt wird.

Der Reichstag gegen die Auslieferung des Goldvorrats.

Das Gesetz über die Verteilung des Gewinnes der Reichsbank für 1920 wird in zweiter Lesung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf zur Änderung des Bankgesetzes. Hierbei gelangt eine Entschließung der Regierungsparteien zur Annahme, die sich gegen die Auslieferung des Goldvorrates der Reichsbank an die Reparationskommission wendet und die Reichsregierung auffordert, diese Forderung unbedingt abzulehnen.

Die Aufhebung der Sondergerichte abgelehnt.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen über die schleunigen Anträge betr. Aufhebung der Bestimmungen vom März 1921 (Verhängung des Ausnahmezustandes). Die Anträge auf Aufhebung der für Groß-Hamburg, die Provinz Sachsen und Düsseldorf, Kresberg und Münster erlassenen Verordnungen werden gegen die Linken abgelehnt, desgleichen der Antrag auf Aufhebung der Verordnung über die Bildung außerordentlicher Gerichte gegen Unabhängige und Kommunisten.

Der Antrag Müller-Franken (Soz.), der Änderungen der Verordnung über die Sondergerichte vorschlägt, wird dem Rechtsausschuss überwiesen, ein weiterer Antrag Müller-Franken betr. Aufhebung der für Ostpreußen erlassenen Verordnung wird abgelehnt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 6. Mai 1921.

Zur deutschen Postordnung sind neue wichtige Aenderungsbestimmungen erlassen worden, die ab 1. Mai in Kraft getreten sind.

Der Reichspräsident hat der Nationalversammlung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen 5000 Mark zur Förderung und Unterstützung ihrer Bestrebungen überwiesen lassen.

Wie „Independance Belge“ meldet, ist der bisherige Bürgermeister von Eupen Graf Wolff von Westernich aus seinem Amt beurlaubt worden.

Das durch den Oberpräsidenten Hörsing auf 10 Tage verfügte Verbot der „Volksstimme“ ist durch den Reichsratsausschuss als formell und sachlich unbegründet aufgehoben worden.

Der Papst hat am 3. Mai den deutschen Botschafter von Bergen empfangen.

Der Reichswirtschaftsrat über die Brotversorgung.

Der Reichswirtschaftsrat hat zu der Regierungsvorlage über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ein Gutachten erstattet, das sich grundsätzlich für das sogenannte „Umlageverfahren“ ausspricht. Die gebundene Wirtschaft auf dem Gebiete der Brotgetreideversorgung schon jetzt durch die vollkommen freie Wirtschaft zu ersetzen, hält der Ausschuss für unmöglich, ebenso unmöglich allerdings auch die Fortführung der gegenwärtigen Form der Getreidebewirtschaftung. Bei der grundsätzlichen Zustimmung zu dem auf dem Umlageverfahren aufgebauten Regierungsentwurf wird vorausgesetzt, daß sich bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eine erhebliche Getreidereferve in den Händen der Reichsgetreidekasse befinden werde. Weiter gibt der Ausschuss der Erwartung Ausdruck, daß die vorhandenen Möglichkeiten zur Herbeiführung eines erteilbaren Vorkaufes für die rationierten Brotmengen benutzt werden. Gegenüber der Gefahr, daß nach Art und Beschaffenheit minderwertiges Getreide bei Erfüllung der Umlagepflicht abgefertigt und das bessere Getreide dem freien Verkehr zugeführt wird, sind Bestimmungen vorgeschlagen, die diese durchaus vermeidbaren Folgen des Umlageverfahrens abwenden. Das in dem Entwurf vorgesehene Verschärfungsverbot muß als vollkommen wirkungslos abgelehnt werden. Zur Befreiung von Notständen und zur Verhinderung spekulativer Preissteigerungen muß die Beschlagnahme von Brotgetreidemengen ermöglicht werden. — Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft bezeichnet den Regierungsentwurf als völlig unannehmbar für die Landwirtschaft, da er nicht einen Übergang zur freien Wirtschaft, sondern eine Verschärfung der Zwangswirtschaft darstelle.

Reichswirtschaftsrat und Papierversorgung.

Der Reichswirtschaftsrat hat zu dem Regierungsentwurf über die Papierversorgung ein Gutachten erstattet, das sich grundsätzlich für das sogenannte „Umlageverfahren“ ausspricht. Die gebundene Wirtschaft auf dem Gebiete der Brotgetreideversorgung schon jetzt durch die vollkommen freien Wirtschaft zu ersetzen, hält der Ausschuss für unmöglich, ebenso unmöglich allerdings auch die Fortführung der gegenwärtigen Form der Getreidebewirtschaftung. Bei der grundsätzlichen Zustimmung zu dem auf dem Umlageverfahren aufgebauten Regierungsentwurf wird vorausgesetzt, daß sich bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eine erhebliche Getreidereferve in den Händen der Reichsgetreidekasse befinden werde. Weiter gibt der Ausschuss der Erwartung Ausdruck, daß die vorhandenen Möglichkeiten zur Herbeiführung eines erteilbaren Vorkaufes für die rationierten Brotmengen benutzt werden. Gegenüber der Gefahr, daß nach Art und Beschaffenheit minderwertiges Getreide bei Erfüllung der Umlagepflicht abgefertigt und das bessere Getreide dem freien Verkehr zugeführt wird, sind Bestimmungen vorgeschlagen, die diese durchaus vermeidbaren Folgen des Umlageverfahrens abwenden. Das in dem Entwurf vorgesehene Verschärfungsverbot muß als vollkommen wirkungslos abgelehnt werden. Zur Befreiung von Notständen und zur Verhinderung spekulativer Preissteigerungen muß die Beschlagnahme von Brotgetreidemengen ermöglicht werden. — Der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft bezeichnet den Regierungsentwurf als völlig unannehmbar für die Landwirtschaft, da er nicht einen Übergang zur freien Wirtschaft, sondern eine Verschärfung der Zwangswirtschaft darstelle.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. Sowohl der Deutsche Reichstag wie auch der Preussische Landtag beschäftigten sich in ihren Sitzungen am 3. Mai mit dem Problem der Erwerbslosigkeit. Im Reichstage waren von der Linken Anträge auf Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge und Neuregelung der Kurzarbeit gestellt worden, die eine lebhafte Debatte entzettelten, an der sich Vertreter fast aller Fraktionen beteiligten. Von seiner Seite wurde verkündet, daß die Erwerbslosen in ihrer unerschöpflichen Notlage unter der Unterstützung des Reiches bedürfen, wobei allerdings betont wurde, daß diese Unterstützung niemals so hoch sein dürfe, daß sie den Anreiz zur Arbeit ausschalte. Sozialistische Anträge wollten in allen Betrieben Kurzarbeit eingeführt werden, wobei dem Kurzarbeiter zwei Drittel des ausgefallenen Verdienstes von dem Arbeitgeber bezahlt werden sollen. Demgegenüber wurde von anderer Seite eingewandt, daß dieses Verfahren leicht zum allgemeinen 6-Stunden-Arbeitstag führen könne, der für alle Betriebe nicht angebracht sei. — Im Preussischen Landtage lagen der Beratung ähnliche Anträge zu Grunde. Wie im Reichstage, so wurde auch hier betont, daß eine Velebung der Produktivität viel Möglichkeiten in sich birgt, um eine wirksame produktive Erwerbslosenfürsorge durchzuführen. Ein Regierungsdirektor erklärte, daß das Reich bereits 1100 Millionen zu diesem Zwecke bewilligt habe. Zu einem endgültigen Abschluß der Erwerbslosendebatte sind beide Häuser nicht gekommen.

150 Millionen Rheinroll. In der letzten Sitzung des Obersten Rates wurde von dem Ergebnis der wirtschaftlichen Sanktionen, die die letzte Londoner Abmachung beschlossen hat, Kenntnis genommen. Die Zollgrenze am Rhein hat in einem Monat 150 Millionen Papiermark gekostet. Man schätzt den ganzen Betrag auf 500 Millionen Goldmark pro Jahr.

Die Rheinrollen unter Kontrolle der Interalliierten Rheinlandkommission. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung über die Zuständigkeit der Interalliierten Rheinrollenkommission erlassen. Danach wird der gesamte deutsche Rollendienst auf dem Rheinstrom einschl. der Wasserbauverwaltung unter die Kontrolle der Interalliierten Schiffsfahrtskommission für die besetzten rheinischen Gebiete gestellt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Rundschau im Auslande.

Der amerikanische Senat hat das Rot-Einwanderungsgesetz angenommen, wonach die Einwanderung aus fremden Staaten nur 3 Prozent der Angehörigen eines Staates betragen darf, die bereits nach dem Stande von 1910 in Amerika ansässig waren.

England: Verhandlungen im Bergarbeiterstreik.

Die Arbeiterpartei ist eifrig bemüht, um durch Verhandlungen über den toten Punkt des Bergarbeiterstreiks fortzukommen. Sie hofft außerdem noch, daß die Bergarbeiter über die Annahme des Regierungsangebotes eine Abstimmung abhalten werden. Von anderer sachverständiger Seite wird vorgeschlagen, zur Beilegung der Bergarbeiterfrage eine Kommission von vollkommen unparteiischen Mitgliedern zu ernennen, deren Spruch sich die Bergarbeiter und Grubenbesitzer vorbehaltlos unterwerfen müssen. — Durch die Weigerung der Transportarbeiter, Kohlenladungen zu löschen, sind große Schwierigkeiten für die Einfuhr von ausländischen Kohlen entstanden. Im Jugendrecht und Verleumdungswesen werden demnächst neue Einschränkungen vorgenommen werden.

Bereinigte Staaten: Der Ruf nach Amerika.

Neuer meldet: Der Oberste Rat hat den Wortlaut eines Telegramms an die Regierung der Vereinigten Staaten gebilligt, in dem sie eingeladen wird, einen Vertreter zu entsenden, um wieder an den Beratungen des Obersten Rates der Alliierten, der Dispositionskonferenz und der Reparationskommission teilzunehmen. — Nachdem Harding erst dieser Tage durch die Abgabe an Deutschland jede Einmischung in das europäische Chaos abgelehnt hat, ist kaum anzunehmen, daß Amerika nun plötzlich eine Stimmänderung vornehmen und der Einladung des Obersten Rates Folge leisten wird.

Neue Postbestimmungen.

Wichtige Änderungen der Postordnung.

Mit dem 1. Mai sind verschiedene Änderungen der Postordnung in Kraft getreten. In erster Linie handelt es sich um Bestimmungen über die Beschaffenheit und den Inhalt der Postsendungen. So werden Briefsendungen von der Beförderung ausgeschlossen, deren Aufschrift nicht der Rangfolge des Umschlages gleichgerichtet ist. Weiter wird verordnet, daß bei solchen Sendungen, auf denen die Aufschriften oder Aufgabebettel schlecht haften, (Chmer, Kette, Stamen, Sade usw.) Rahnen verwendet werden müssen, die wenigstens 12 Zentimeter lang und 8 Zentimeter breit sind. Die Rückseite ist freizulassen. Zur Verhütung des Abreisens sind die Decken durch eine haltbare Einfassung zu schützen.

Den Inhalt der Postsendungen betr. ist angeordnet worden, daß dem Verlangen der Alliierten auf Befehl des Hönders eines Patets mit leicht verderblichem Inhalt, z. B. frischen Blumen, für den Fall der Unbefähigkeit einzuweisen wird, wenn nicht die Beschaffenheit des Inhalts (Abler Geruch, Abföndern von Feuchtigkeit u. dergl.) die Beförderung ohne weiteres ausschließt. — Handfeuerpatronen bis zu einem Manteldurchmesser von 9 Millimeter und Geschoß-Revolverpatronen sind jetzt zur Postbeförderung zugelassen; sie müssen jedoch in Einzelpackungen von höchstens 50 Stück geschickten sein.

Ueber besondere Postsendungen sind folgende Bestimmungen erlassen: Postaufträge und Nachnahmen — auch Briefsendungen (ausgenommen Päckchen) — sind jetzt bis zum Höchstbetrag von 5000 Mk. zugelassen. Bei Postaufträgen zur Geldeinzahlung, bei Protestaufträgen und bei Nachnahmeforderungen nach dem Landbestellbezirk über mehr als 1000 Mark tritt an Stelle der Vorgebung des Postauftrags oder der Nachnahmeforderung eine schriftliche Benachrichtigung des Berechtigten. — Für Postsendungs- oder Zeitungsbahnen ist jetzt eine jährliche Postausgabengebühr von 12 Mark zu entrichten. Die Gebühr ist vierteljährlich voranzuentrichten.

Die übrigen Bestimmungen zur Postordnung be-

ziehen sich auf Befugnisse der Postbeauftragten. Es sind die Handbesteller jetzt ermächtigt, die Einlieferungsbescheinigung über die von ihnen angenommenen Sendungen selbst zu erteilen. Der Einlieferer oder Auftraggeber ist nicht mehr berechtigt, sich von der Eintragung in das Annahmehuch des Landbestellers zu überzeugen oder die Eintragung selbst vorzunehmen. Auch Sendungen an Angestellte von Behörden können nach besonderem Abkommen mit der zuständigen Behörde an Beauftragte ausgehändigt werden. Wer ein besonderes Abkommen wegen Beförderung der Empfangsberechtigung (§ 48 des Postgesetzes) beantragt, hat dafür eine Behandlungsgebühr von zwei Mark zu entrichten. — Ein Verkauf von Postwertzeichen durch die Ortsbesteller findet nicht mehr statt.

Wie eingangs erwähnt, sind alle diese Bestimmungen bereits am 1. Mai in Kraft getreten und sie sind besonderer Beachtung würdig, da sie zum Teil ganz neue Wünsche der Postverwaltung an das Publikum enthalten.

Gerichtssaal.

Die Verstorbenen während des Kommunistischen vor Gericht. Das außerordentliche Gericht in Hamburg verurteilte wegen der Tumulte auf der Werft von Blohm u. Ross am 23. März den Maschinenbauer Willi Högemann wegen schweren Landfriedensbruchs zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust und den Kleier Heinrich Stahmer wegen Aufruhrs zu neun Monaten Gefängnis. Die gleiche Strafe traf auch den 17-jährigen Kontoristen Paul Mankermann, der damals versucht hatte, die Verbrecher vor der polizeilichen Festnahme zu schützen.

Eine hohe Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung. Wegen unrichtiger Angabe der Steuererklärung wurde der Bankier Bacharach in Salzwehel zu einer Geldstrafe von 332 750 Mark verurteilt.

Aus Stadt und Land.

Die Ehrung eines deutschen Forschungsreisenden. Anlässlich des 70-jährigen Geburtstages des in Josephstadt im Eichswald lebenden berühmten Forschungsreisenden Karl Wilhelm Rosset liefen Glückwunschtelegramme u. a. ein von den Völkermuseen in Hamburg, Berlin, Leipzig, von der Geographischen Gesellschaft in Wien, vom Reichsanwalt Fehrenbach, Kapitänleutnant von Müde und Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg.

Ein „vierzigfacher Millionär“ ohne Geld! Ein Schwindler ersten Ranges wurde in Erfurt unschuldig gemacht. Es ist ein 25 Jahre alter aus Linz gebürtiger Gutsherr, der leichtgläubigen Leuten vorspielt, daß er ein Patent besitze, für das ihm der Staat 40 Millionen zugesichert habe. Einem Kaufmann erzählte er, daß er wegen Ankaufs von fünf Gütern in Unterhandlungen stehe und bestellte ihn gleich zum Administrator und bewog ihn so, eine größere Summe herzugeben. In seinen Opfern gehörte u. a. ein Chauffeur, den er anstellte und dem Auftrag gab, für ihn ein Automobil zu kaufen. Ein Bankdirektor gab ihm 8500 Mark für den Ankauf eines Pferdes. Als man ihn festnahm, besaß der „40-fache Millionär“ nicht einen roten Heller.

Eröffnung der Frankfurter „Academie der Arbeit“. In Anwesenheit des preussischen Kultusministers Dr. Becker wurde am Montag die „Academie der Arbeit“ in Frankfurt a. M. eröffnet. Der Kultusminister begrüßte im Namen der Staatsregierung das Zustandekommen der Akademie und rief ihr ein herzlich „Glückauf!“ zu. Die Akademie sollte dem geistigen Wiederaufbau dienen und eine Ordnung aller Volksbildungsbestrebungen sein. Die Eröffnungsrede hielt der Leiter der Akademie, Dr. Rosenstock, über die Wechselbeziehungen zwischen Arbeitern und akademischer Arbeit. Das Programm der Akademie baut sich auf dem Gedanken der Studiengruppen auf, in denen Dozenten und Hörer in enger Gemeinschaft zusammenwirken. An dem zweimöchentlichen Kursus nehmen 70 Hörer teil, unter denen sich Gewerkschaftsbeamte, Angestellte verschiedener Verbände und Mediziner von Arbeiterfachblättern befinden.

Heberfall und Verabung. In dem Bororte Bergen bei Frankfurt drangen vier maskierte Männer, nachdem sie einem Auto entstiegen waren, in das Haus eines alleinstehenden Landwirts ein und beraubten ihn. Die Räuber entflohen und schossen auf der Flucht einen ihrer Verfolger nieder. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Ein Wucheramtpräsident als Schieber. Wie aus Breslau gemeldet wird, wurde der Präsident des polnischen Amtes zur Bekämpfung des Wuchers, Alexander Lisowski, auf Befehl des Warschauer Untersuchungsrichters wegen Schieberungen verhaftet.

Tödlicher Bahnunfall. In Siedorf (Rheinland) wurde ein Führer, das die Bahnsperrung überfahren wollte, von einem Zuge erfasst. Die drei darin befindlichen Personen wurden auf der Stelle getötet.

Eine französische Kunstausstellung im besetzten Gebiet. Aus Wiesbaden wird gemeldet, daß die Franzosen in den Monaten Juni und Juli in Wiesbaden, wie sie sagen, im Interesse der Annäherung eine große Kunstausstellung veranstalten wollen. Werke aus der Louvre und Bilder der neuesten Schulen und Richtungen sollen gezeigt werden. Sie haben zu diesem Zweck das der Stadt gehörige Paulinenschloß beschlaggenommen. Zur Unterstützung der Ausstellung sollten auch die Hotelbesitzer in irgend einer Form auf Aufforderung hin beitragen. Die Organisation der Hotelbesitzer hat aber dieses eigenartige Ansinnen abgelehnt.

Der Abtransport der russischen Rotgardisten hat vor einigen Tagen begonnen. Der Abzug erfolgt gleichzeitig auf dem See- und Landwege. Am 25. April hat der erste Transport Internierter in Stärke von 800 Köpfen auf dem Landwege von Alt-damm bei Stettin durch den polnischen Korridor über Königsberg—Elst über Deutschland verlassen, um in Wiga von den russischen Sowjetbehörden übernommen zu werden. Ihm folgen seit Anfang Mai wöchentlich

drei Transporte auf gleichem Wege; um dieselbe Zeit begann auch der Abtransport zur See von Stettin aus. Bei glattem Verlauf der Transportbewegung wird der Abtransport in der ersten Jahreshälfte beendet sein. — 48 deutsche Kriegsgefangene sind unter Befehl der deutschen Hilfskommission im 11. April in Wladiwostok mit dem Dampfer „Betho“ aus Mittelsibirien in Wladiwostok eingetroffen und über Singapore, Sabang, Port Said nach Trieste abgefrachtet worden, wo sie etwa Mitte Mai eintreffen werden. Die Namen sind noch nicht bekannt.

Generalfreie der amerikanischen Seearbeiter. Alle amerikanischen Seearbeiter sind in den Ausstand getreten. Der Schiffsverkehr ist stark gefährdet. In zahlreichen Versammlungen wurde beschlossen, daß, falls keine Einigung mit den Schiffseignern zustandekommen sollte, kein Schiff, das die amerikanische Flagge trägt, die hohe See erreichen dürfe. Der Streik umfaßt bereits alle Häfen des Stillen und Atlantischen Ozeans.

Im Gebirge vermisst. Der 18 Jahre alte Buchhalter Hermann Bartsch aus Neidenbach in Schlesien hat Ende März seine Verwandten in Hirschberg und anschließend das Riesengebirge besucht. Von der Schneefalle hatte er Karten nach Hause geschrieben. Von da an fehlt jede Spur von ihm. Es muß angenommen werden, daß hier ein Unfall vorliegt.

Funken Telegraphische Fischereinachrichten in der Nordsee. Zu Anfang des Sommers ist mit dem Beginn der Heringsfischerei die Wiederaufnahme des Fischereidienstes durch die Reichsmarine und die Wiedereinführung eines besonderen funktographischen Fischereinachrichtendienstes für die Nordsee durch das Reichspostministerium geplant. Die Nachrichten der Heringsfischer über gute Fangplätze und über die Fangergebnisse werden danach von den Fischereischubooten (Torpedoboot oder kleiner Kreuzer), die mit den Fischereifahrzeugen in möglichst enger Verbindung stehen, an die Küstenfunkstelle Norddeich und von hier aus mit Verschleierung an die Heringsfischereigesellschaften weitergegeben werden.

Verhaftung eines höheren Reichsbeamten. Aus München wird dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ gemeldet: Ein höherer Beamter einer in München tätigen Reichsbehörde ist wegen Bestechung verhaftet worden. Er hat sich von einem italienischen Kaufmann durch Annahme von 10 000 Mark zur Vergabe eines amtlichen Schriftstückes bestimmen lassen, und das Geld verbraucht. Der Italiener konnte sich bereits wieder über die Alpen in Sicherheit bringen.

Auswandererlust der Böhmenmacher. Aus Suhl i. Thür. und Umgegend sind eine große Zahl — man spricht von dreihundert — Böhmenmacher mit ihren Familien nach Brasilien ausgewandert. Dort hoffen sie mit Unterstützung der brasilianischen Regierung eine Gewerchfabrik errichten zu können. In Deutschland ist dieses Gewerbe doch etwas zu unrentabel geworden. — Hoffentlich zeigen auch diese 30 Böhmenmacher der Welt, was deutsches Schaffen und deutscher Geist bedeutet!

Erkaiser Karl bleibt in der Schweiz. Erzherzog Karl, der sich noch immer in Luzern im Hotel „National“ aufhält, wird auf Veranlassung des Bundesrats seinen Wohnsitz in Hertenstein nahe bei Weggis am Vierwaldstätter See nehmen, wo ein ganzes Hotel für die kaiserliche Familie gemietet werden soll.

Anarchistenanschlag in Spanien. In Barcelona ereignete sich am Dienstag eine schwere Bombenexplosion. In einem Hause, in dem das anarchistische Hauptquartier untergebracht war, wurden vier Arbeiter, die mit der Anfertigung von Bomben beschäftigt waren, getötet.

Verstärkung des amerikanischen Seemannskreises. Der amerikanische Bund der Seeleute hat den Vorschlag des Handelsministers Hoover, ihre Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht zu unterwerfen, abgewiesen. Zahlreiche Maschinen haben daraufhin die Schiffe verlassen.

Druckereistreit in Amerika. Aus New York wird gemeldet: Die Druckergesellen bei zahlreichen Firmen streiken wegen der Verweigerung der 44stündigen Arbeitswoche. In Chicago allein sollen circa 5000 Drucker streiken. Verschiedene Blätter haben ihr Erscheinen völlig eingestellt, andere geben eine gemeinschaftliche Ausgabe heraus.

Der erste internationale Kongress der christlichen Landarbeiter fand dieser Tage in Koblenz statt. Vertreten waren die christlichen Landarbeiterverbände Deutschlands, Hollands, Belgiens und Oesterreichs. Es wurde die Gründung eines „Internationalen Bundes der christlichen Landarbeiterverbände“ beschlossen und ein vom vorbereitenden Ausschuss des Kongresses vorgelegter Satzungsentwurf mit geringen Abänderungen angenommen. Als 1. Vorsitzender des Bundes wurde der Vorsitzende des deutschen Zentralverbandes der Landarbeiter, Abgeordneter Franz Behrens, gewählt. Als Sitz des Bundes soll der Wohnort des Sekretärs gelten, also Wöhring bei Brüssel.

Kleine Nachrichten.

* Ein Großfeuer vernichtete das Dampfsgewerk Amling in Groß-Pödingen in Thüringen mit allen Nebenbauten und großen Lagervorräten vollständig.

* Im Hofgartenmuseum zu Weimar haben unbekannte Diebe aus der Winterausstellung 40 gold- und platinhaltige Erbstücke gestohlen, die einen hohen Wert darstellen.

* In Stuttgart wurde der Münchener kommunistische Stadtrat Fritz Wegel verhaftet, der gelegentlich einer Kundgebung der Stuttgarter Kommunisten vor dem Rathaus zum jeweiligen Umsturz aufforderte.

* In Mailand hat der Bildhauer Prof. Bazzani wegen eines qualenden Nervensickens seinem Leben ein Ende gemacht, indem er sich im Keller seines Wohnhauses die Kehle durchschnitt.

Der Kampf in London.

Seit dem 30. April kämpfen in London der unbesiegbare Fernichtungswille Frankreichs gegen Deutschland mit der ruhigeren Auffassung der anderen Verbündeten, zu deren Wortführer sich Lloyd George

gemacht hat. Es kann sich dabei aber nur um graduelle Unterschiede in der Anwendung von Gewalt handeln; ein Wortführer für die Rettung der Bernunft ist in London nicht erfinden. Als Deutschland am 24. April die Reparationsnote nach Washington schickte, hat es sich selbst die Möglichkeit verbaut, direkt mit den Verbandsmächten zu verhandeln. Diese Tatsache muß festgestellt werden, wenn es auch nicht angängig ist, der Regierung daraus einen Vorwurf zu machen; es ist mehr als zweifelhaft, ob ein direktes Angebot an die Reparationskommission in Paris, London und Brüssel eine andere Aufnahme gefunden hätte als die an Amerika gesandte Reparationsnote. Als Briand im Januar die Führung der französischen Politik übernahm, glaubten wir in ihm einen Vertreter ruhigerer Politik und einen Anhänger des Verhandlungsprinzips zu sehen. In den dreieinhalb Monaten seiner Amtsführung hat Briand bewiesen, daß er, ein ausgesprochener Taktiker, nicht Kraft genug besitzt, sich gegenüber Polnare zu behaupten, daß er vielmehr diesen Treiber und Hezer möglichst noch zu überbieten sucht, — um sich im Amte zu behaupten. Den Beschlüssen des Obersten Rates liegt nur die Rechnung der Reparationskommission zugrunde, derzufolge Deutschland 132 Milliarden Goldmark Gegenwert zu zahlen hat. Der gleichfalls zum 1. Mai fällige Zahlungsplan für diese Summe ist bei der Reichsregierung noch nicht eingegangen; daher hält es England für angebracht, Deutschland nochmals ein kurzfristiges Ultimatum zur Anerkennung der Schuldsumme und des Zahlungsplanes zu stellen. Italien und anscheinend sogar Belgien haben den britischen Plan unterstützt. Wir dürfen uns keinen Täuschungen darüber hingeben, daß das Ultimatum eine Galgenfrist ist, und daß uns das Schicksal in Form der Besetzung des Ruhrgebietes doch spätestens Mitte Mai ereilen wird.

Seit Jahren streitet man sich in Deutschland, ob Frankreich oder England der Hauptgegner sei, und ob Amerika die Fähigkeit und den Willen habe, die Europa drohende Katastrophe abzuwenden. Die Erfahrungen der letzten Monate haben folgendes gelehrt: Frankreich benutzte die angebliche Rückständigkeit Deutschlands in der Entlohnung, die nicht volle Erlegung der 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai, die Nichtablieferung des Goldschatzes der Reichsbank und andere Vorwände, um Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich noch gründlicher zu schwächen, als dies ohnehin schon geschehen ist. Belgien schwimmt im französischen Fahrwasser. Großbritannien erkaufte die französische Unterstützung in der Weltpolitik mit Preisgabe Deutschlands zur politischen und wirtschaftlichen Exploitation durch Frankreich. Amerika sieht sich, nachdem es volle 1/2 Jahre den Entscheidungen fern geblieben ist, nicht stark genug, um sofort als Schiedsrichter in den europäischen Konflikten aufzutreten. Außerdem spielen für Amerika die europäischen Fragen keineswegs die erste Rolle. Bis zu einem gewissen Grade kann es Amerika sogar begräßen, wenn Europa durch die Unberuhnt der leitenden Staatsmänner noch mehr von seiner Vorherrschaft in der Welt verliert, als es durch den Krieg bereits geschehen ist. Italien spielt im Konzert der europäischen Mächte nur ein Nebeninstrument und Japan nimmt an den Verhandlungen überhaupt nur teil, weil es bei der Mitwirkung an der Lösung der europäischen Fragen seinem Prestige zu dienen glaubt. Der Meinungskampf in London dürfte mit einer Kriegserklärung gegen Bernunft und Verständigung endigen. Für Deutschland wird der Moment der Wendepunkt in der inneren Politik werden. Unter dem Druck der äußeren Not werden unsere Parteien, Klassen, Interessenten-Gruppen und Berufsstände wohl endlich den würdelosen wie verderblichen Bruderkampf einstellen.

Shizen.

(72 Fortsetzung.)

Nun, meine Herren Geschworenen, wenn ein Zeuge vor Gericht eine wesentlich falsche Angabe macht, so begeht er einen Meineid, ein entehrendes Verbrechen. Daß das Gesetz die falsche Aussage vor Gericht mit den allerschwersten Strafen bedroht, ist eine unabwiesbare Notwendigkeit. Die Gerechtigkeit würde unterwühlt und in ihren Grundfesten erschüttert, wenn dem Richter nicht die Macht gegeben wäre, die Befundung der Wahrheit mit den stärksten Mitteln zu erzwingen. Für den Meineid dürfen auch mit vollstem Rechte nicht allgemeine mildernde Umstände als zulässig angesehen werden. Die wenigen Fälle, welche die Strafbarkeit des Meineids vermindern, sind durch das Gesetz genau bestimmt.

Sind aber außer diesen bestimmten Fällen nicht noch andere denkbar, die das Gesetz in seiner knappen Allgemeinheit nicht hat vorhersehen, nicht hat berücksichtigen können, und die doch nach unserer aller wahrsten Empfinden kein Vergehen sind, geschweige denn Verbrechen, die eine entehrende Strafe nach sich ziehen? Wenn an mich als Zeugen eine Frage gestellt wird, deren Beantwortung für die zur Verhandlung stehende Sache von keinerlei Bedeutung sein kann, eine zufällige Frage, muß ich diese Frage unter allen Umständen beantworten — auch wenn ich damit einen Vertrauensbruch an einem Freunde begebe, ein Familiengeheimnis offenbare, das Unverschuldete in Verwirrung stürzt, wenn ich ein Gelübde breche, wenn ich das, was mir ein Sterbender in der Not der letzten Stunde im felsenfesten Vertrauen auf meine Treue geheißen hat, der Öffentlichkeit preisgebe?

Muß ich das? Muß ich, um der gesetzlichen Forderung zu genügen, eine Schurerei begehen, deren verhängnisvolle Folgen außer allem Verhältnis stehen zu dem Werte, den meine Aussage haben könnte? Muß ich das?

Nein, meine Herren Geschworenen, das will das Gesetz nicht! Ich befinde mich in diesem Falle im Zustande der Notwehr, die die Strafbarkeit jeder Handlung aufhebt. Ich habe die Pflicht, mein Geheimnis, das mir anvertraute Gut zu verteidigen und durch alle Mittel den rechtswidrigen Angriff abzuwenden. Diese sittliche Notwehr ist gerade so berechtigt wie die körperliche. Oder wäre ein solches Geheimnis etwa weniger wert als kostbarer Schmutz, als Gold oder

Goldwert? Ist derjenige, der in den eisernen Schranke meines Vertrauens einbricht und mir das Geheimnis raubt und verflücht, etwa besser als der Einbrecher, der mit dem Stemmeisen arbeitet? Steht der Erpreßter höher da als der Räuber und Mörder?

Ich darf den Erpreßter nicht niederschlagen, aber ich darf mich gegen ihn verteidigen, mit allen Mitteln. Und ebensowenig wie ich einen Mord begehe, wenn ich den Raubmörder niederschleße, ebensowenig begehe ich einen Meineid, wenn ich in der Bedrängnis durch einen Erpreßter, um mir selbst, um einem dritten die Treue zu wahren, die Unwahrheit sage. Dann ist die Notwehr!

Unter allen Verbrechen steht der Erpreßter auf der niedrigsten Stufe der Verkommenheit. Diese erbärmlichen Schurke, die uns eine bedrückende, bedrohliche Verborgenheit heimtückisch entwenden, die uns unter der steten Bedrohung, diese Verborgenheit in die schadenfrohe Dessenlichkeit zu bringen, unsere Ehre zu beschandeln, unseren Namen zu besudeln, unsere Stellung zu untergraben, langsam und unerbittlich das Blut abzupfen, die sich vom Raube unserer Seelenruhe und des erquickenden Schlafes mästen — diese entsetzlichen aller Räuber und Mörder sind obenin noch leidenschaftlos und feig!

Wenden Sie sich mit Ekel und Abscheu von dem Wust und Unflat, die dieser Saza hier aufgeföhren hat, gewähren Sie sich nach der grausamen Prüfung, die Ihnen das rachsüchtige Daster auferlegt, die hohe Befriedigung, ja, die sittliche Befreiung, ihren Blick auf jenen edlen Mann zu richten, der mit die hohe Ehre erwiesen hat, für ihn das Wort führen zu dürfen. Treten Sie in Ihr Beratungszimmer nicht mit jenem niederdrückenden Schmerz, da strafen zu müssen, wo die laute Mahnung Ihres Gewissens die strafende Hand fesseln möchte, treten Sie in Ihr Beratungszimmer vielmehr mit dem erhebenden Bewußtsein, dem höchsten, ungeschriebenen, sittlichen Befehle auch die fleghafte Geltung verschaffen zu dürfen, wo das für den gelehrten Richter allein maßgebende geschriebene Gesetz diesen Sieg des rechten Rechtes vielleicht erschweren könnte. Als vollkommen unabhängige Männer, deren Freiheit durch keine anderen, als die von Ihrem eigenen Gewissen gezogenen Grenzen beschränkt ist, werden Sie urteilen. In freudiger Erwartung sehe ich Ihrem Spruche entgegen. Sie werden dem Angeklagten sein Recht gewähren, meine Herren Geschworenen. Sie werden ihn freisprechen.

Unter allgemeiner tiefdraufender Bewegung setzte sich der Verteidiger. Ein wunderbares Wogen ging durch die Menge. Ein leises Murmeln, kein vorlauter Ton. Eine unwillkürliche Aufregung, keine auffällige Gebärde. So flutete es und rauschte es.

Der Vorsitzende warf einen fragenden Blick auf den Staatsanwalt. Dieser verneinte die stumme Frage mit einer Verbeugung.

„Hat der Angeklagte zu seiner Verteidigung noch etwas anzuföhren?“ fragte der Vorsitzende den Fürsten. Ulrich erhob sich, verneigte sich kumm und setzte sich wieder.

Der Vorsitzende verlas nun die beiden vom Gerichtshof aufgegebenen Fragen, die den Geschworenen zur Beantwortung vorgelegt werden sollten, und mit deren Beantwortung sich die Vertreter der Anklage und der Verteidigung einverstanden erklärten:

„Ist der Angeklagte schuldig, in der Sitzung der Strafkammer des Berliner Landgerichts am 15. April 1880 durch die von ihm unter seinem Zeugeneide gemachte Angabe, daß er in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember nicht in dem zum Jenedischen Palais gehörigen Park und nicht in das gräflich Jenedische Palais gedrungen sei, wesentlich ein falsches Zeugnis mit einem Eide bekräftigt zu haben?“

Und im Falle der Bejahung dieser Frage: „Konnte die Angabe der Wahrheit gegen den Angeklagten eine Verfolgung wegen des Vergehens des widerrechtlichen Eindringens in ein betriebenes Verstum nach sich ziehen?“

Nach der Rechtsbelehrung durch den Herrn Vorsitzenden zogen sich die Geschworenen in das Beratungszimmer zurück.

Es war beinahe acht Uhr, als die Herren aufbrachen, die Richter in ihre Zimmer traten, und der Justizrat Quintus den Fürsten bat, ihm in die Anwaltstube zu folgen, da er bei der Verfindung des Wahrspruchs der Geschworenen nicht im Sitzungssaal sein dürfe. Von den Zuföhren wich keiner von seinem Posten. Jetzt wurden ziemlich laute Unterhaltungen geführt, man tauschte die Meinungen über die Reden des Staatsanwalts und des Verteidigers, man diskutierte lebhaft die Frage: Ist der Fürst im Jenedischen Palais gewesen, ist er nicht da gewesen? — Darüber gingen die Ansichten auseinander. Böllige Uebereinstimmung aber herrschte darüber, daß der Fürst auch im schlimmsten Falle nicht anders, als er gehandelt, hatte handeln dürfen. Die Erbitterung gegen Saza, die die Worte des Verteidigers zu lodernder Flamme geschürt hatte, war eine unbeschreibliche.

In der Anwaltstube ergriff Ulrich die Hand seines Verteidigers und drückte sie kräftig.

„Ich danke Ihnen“, sagte er; nichts weiter. Er war tief bewegt.

Nach kaum zehn Minuten meldete der Runtius, daß die Geschworenen soeben gestüht hätten.

„Man wird Sie rufen, Durchlaucht“, sagte Quintus und entfernte sich eilends. Der Fürst blieb allein. Die Geschworenen, Richter, Staatsanwalt und Verteidiger hatten ihre Eide wieder eingenommen.

Es wurde wahrhaft unheimlich still.

(Fortsetzung folgt.)



Die neuen deutschen Briefmarken

(Vertrieben von Prof. Geiger-München.)

Persil

Wäscht schonend,
erzählt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit
Säse u. Kohlen.
Bestes selbsttätiges
Waschmittel
Prob. Nr. 4. — das Paket
Koschke & Co., Düsseldorf

Kohlenbezugscheine

übernimmt zur Belieferung
Kohlenhandlung J. Lohke,
zugelassene Kohlenverkaufsstelle.

Ein älterer Kaufmann,
hier fremd, sehr erfahren, mit
guter Bildung, solidem, verträg-
lichem vornehmerem Charakter sucht
gleichgearteten Anschluss zwecks
Bedenkenauslastung; und geistiger
Freundschaft.
Auch bin ich bereit bis
M. 15000.—
Erlage mich an einem auszu-
bauenden Geschäfts- od. Fabrik-
unternehmen tätig zu beteiligen.
Besitz hervorragende Kenntnisse,
Erfahrungen usw. Nur schrift-
liche Angebote, nicht anonym,
werden vertraulich gewahrt. An-
geb. unter „E 59“ an die Ge-
schäftsstelle erbeten.

Ein Mädchen

für Haus- und landwirtschaftliche
Arbeiten wird gesucht.
Gögewitz Albersdorf.

Ein Mädchen

im Alter von 15-16 Jahren für
Fleischeret für sofort gesucht.
Emil Geß,
Langwitz bei Kreischa.

Asthma

kann geheilt werden. Sprach-
kuren in Dresden, Falken-
straße 15, II., jeden Montag
von 11-1 Uhr.
Dr. med. Alberts, Spezialarzt,
Berlin S. W. 11.

Hilfes Kreissagen

„Saxonia“

zum Lang- u.
Querschneid.
Lager mit
Reichmetall-
lutter und
Ringstäm-
mung, erstl.
Lithieret und Maschinenarbeit
fertig und liefert
Moritz Hill, G. m. b. H.,
Motorenfabrik, Dippoldiswalde.

Schirme

werden repariert und neu be-
zogen bei
**Paul Schwind,
Schmiedeberg.**

Beste Stiefel

zum Gehen und Dängen
empfiehlt
**H. Liebel Nachf.,
Paul Versch,
Dippoldiswalde, am Bahnhof.**

Schlacht- pferde

kauft
Bern. Scharf, Schlachthofbetriebl.,
Dippoldiswalde, Markt 28,
Telephon 80.
Bei Nachschaltung sofort zur
Stelle. Nachmittags vorhanden.

1,2 Ital. Hühner

zu verkaufen Paulsdorf Nr. 14.

Wintertan

liest die
Buchverleiher
Carl J. hne

Kohlenbezugs- scheine

werden angenommen im Kohlen-
geschäft von Claus, Bergstraße.

Ein guterhaltener Gehrod-Anzug

zu verkaufen. Zu erfahren in
der Geschäftsstelle.

Amerikain,

wie neu, preiswert zu verkaufen.
Wagenbauerei Redewell,
Tharandt.

Junge weiße Ziege mit Zickel und 1/2 jähriger Wachhund

(Foxterrier), Stubenrein, verkauft
Dresler, Ripasdorf (i. d. Gärtnerei).

Metallbetten

Stahlrohrmatr., Rinderbetten,
Polster an jedem. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik Sahl i. Thar.

Kreissägen Kreissägezellen Kreissägeblätter

in bester Ausführung
und preiswert

Maschinenfabrik Dippoldiswalde,

Erich Söhme, Dippoldiswalde.

Rind-Häute, Kalb- Ziegen- Zedel- Reh- Kanin- Hasen- Ragen.

Felle

kauft
zu höchsten Tagespreisen.
Max Arnold,
Dippoldiswalde,
gegenüber der Post.
Auch werden Felle zu Pelzen,
Bettvorlagen usw. zugerichtet.

Zweite Schl. Landes- wohlfahrts- Geldlotterie.

Hauptvertrieb:
Invalidentank für Sachsen,
Dresden,
König-Johann-Str. 8.
Ziehung 20.-28. Mai 1921.
Höchstgewinn im günst. Falle

125 000
Prämie: 75 000
Haupt- 50 000
ge- 30 000
winne 20 000
15 000
10 000 usw.

Dose à M. 4.— (Postgeb.
u. Liste M. 1.30) bei den
Staatslotterien - Einnahmen
u. den durch Plakate kennt-
lichen Geschäften.

Tüchtige Bekehrte! Beste Referenzen!
Hausfrauen! Töchter! Angestellte!
Montag, 9. Mai nachm. 3 Uhr beginnt im Hotel
„Stadt Dresden“ in Dippoldiswalde ein gründlich
bildender, einmaliger

Sonder-Kursus

für Damen, Haustöchter
und Hausangestellte
i. Tafeldecken u. Servieren

sowie den hiermit verbundenen wirtschaftlichen Arbeiten
und gesellschaftlichen Umgangsformen mit Berücksich-
tigung aller gesellschaftlichen Sitten und Gebräuche
für Gastgeber und Bedienung.

Lehrplan:

Decken u. Servieren sämtl.
Tische für den täglichen Be-
darf und zu größeren Gesellschaften. Der Kaffeetisch
der Mittag- und Abendtisch, die Geburtstags- und Hoch-
zeitstisch, Diner, Soupers, der Hausball, der Hoch-
zeitstisch, Kaffeetisch aller Art, Servierentdecken,
Anstandsregeln, das Benehmen bei Tisch, Besuche
empfangen und annehmen, Weinhire, Küchenlehre,
schriftliche Arbeiten, Silber- und Parfettbehandlung,
Praktischer und theoretischer Unterricht
mit allen hierzu nötigen Geschirre und Bequemlichkeiten.

Unterricht:

Dauer 4-5 Wochen,
jeden Montag 3-4
auf Wunsch Abendkursus. — Honorar 40 M. — Zum
Unterricht ist mitzubringen: 1 Handtuch, 1 Küchentuch,
Buch und Bleistift, weiße Schürze

Anmeldungen täglich im Hotel „Stadt Dresden“ oder
Montag den 9. 5. von 12 Uhr an beim Unterrichtsleiter
im Hotel selbst.

Dehne & Schellenberg, Dresden,

Ordnungsstr. 8, Fachschule, Servier- u. Friseurlehrenanstalt.
Man verlange Prospekt B.

Es wird in diesem Kursus Stadt- und Landbevölkerung
Gelegenheit geboten, ihre Kenntnisse im Haushalt zu
erweitern und Personal sachgemäß anzuweisen.

Wir sind wieder mit einem
großen, frischen Transport

Original-ostpreussischem Zucht- und Milkvieh



sowohl Herdbuchfüße (hochtragend u. frischmelkend)
als auch Herdbuchbullen,

in bester Qualität eingetroffen und stellen Sie nach beendeter
Quarantäne am Montag den 9. Mai bei uns ganz besonders preis-
wert zum Verkauf
Sainsberg (Sa.) Emil Rästner & Co.
Fernspr.: Deuben 296.

Reparaturen

an elektrischen Maschinen aller Art
führt aus sachgemäß, schnell und preiswert

**Elbtalwerk,
Maschinenfabrik G. m. b. H.,
Heidenau = Nord, Bez. Dresden.**
Fernsprecher 884.

Ulmärker Milkvieh!

Ab Sonntag den 8. Mai stelle ich nach 10 tägiger Quarantäne
eine große Auswahl better, junger Röhre und Jungvieh im
„Gasthof zu Bessendorf“
sehr preiswert zum Verkauf.
Bitte um geil. Beschäftigung.

Kurt Seifert, Dresden=N.,

Antonstr. 41,
Fernsprecher 11 326 und Deuben 29.

Zum Klavier-Stimmen u. L-Reparieren

empfiehlt sich
H. Schönfeld, Altenberger Str. 142.

Fensterleder Parkettwachs Lederfett Maschinenöl

empfiehlt billigst
**Max Arnold,
Dippoldiswalde,
gegenüber der Post.**

Jede Uhr

wird gut und
billig repariert bei Otto
**Rudolph,
Uhrmacher, Reinhardtstr. 11.**

Schriftliche Tätigkeit,

dauernder Nebenberuf als
Selbstarbeit. Bei guten Leist.
u. Fleiß hochlohnend. Für Zu-
send von Anleitung u. Adressen-
material 2.00 M. (selbst Postgeb.
schließen) beifügen, die bei der
nächsten Eilsendung zurückersattet
werden. Sofort. Meldung an
Dittich,
Dresden-N. 1, Ausgabe.

Wo speist man in Dresden gut und billig?
! Braunschweiger Hof Bier- und
Speisehaus
Freiburger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23
vom Haupt-Bahnhof. Freundliche Fremdenzimmer.
Inh.: Georg Müller.

Erstklassigen, frischgebrannten Weißkalk,

vorzüglich geeignet als Baustoff, bester Ersatz für Zement,
prima frischgebrannten Düngerkalk,
zu billigsten Preisen gibt laufend ab

Staatliches Kalkwerk Hermsdorf bei Frauenstein.

Auf Wunsch Anfuhr mit Kraftwagen gegen Vergütung.

Sämtliche Transmissionsanlagen

führt aus, Drehanlagen baut um und erneuert, alle
landwirtschaftliche Maschinen liefert und repariert zu
mäßigen Preisen

G. Mahnefeld, Dippoldiswalde.

Sämtliche zum Bauen erforderlichen
Baumaterialien
sowie Fenster und Türen
liefert

Reipur Ritzke, Baugeschäft und Holzbearbeitungs-Fabrik,
Dippoldiswalde.

Herren- und Damenräder

(neu und gebraucht)
empfiehlt mit prima Gummi in großer Auswahl
Hermann Voigt,
Telephon 221. Dippoldiswalde, Gerberplatz 218. Telephon 227.

Centrifugen Buttermaschinen

— für Hand- und Kraftbetrieb — liefert preiswert
Maschinenfabrik Dippoldiswalde,
Erich Söhme, Dippoldiswalde.

Lanz-Zentrifugen

von 45 Liter bis 200 Liter, sofort lieferbar.
Hermann u. Reuttmann, Gelling im Erzgebirge,
Vertreter für den Bezirk Dippoldiswalde.
Telephon Amt Sauerstein Nr. 91.

Einbau-Dreschmaschinen
Strohpressen
Wickelmaschinen
Kreissägen
Jauchumpfen
Kartoffelwaschmaschinen
Kartoffelquetschen
Butterfässer
Separatoren
Erntemaschinen

Getreidemäher
Grasmäher
Neuwender
Ernterechen
Kultivatoren
Acker-, Saat- und
Wie-sagogen
Drillmaschinen
Wendapflüge

Sofortige Lieferung sämtlicher Trans-
missionsanlagen preiswert.

Gebrüder Mende

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen,
Seifersdorf.
Fernspr. 154.